

Betriebsräte-Zeitschrift



für Funktionäre der Metallindustrie

Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Vereins in Stuttgart
Erscheint alle 14 Tage * Verantwortlich für die Redaktion: Robert Dikmann

3. Jahrg.

Stuttgart, 4. März 1922

Nummer 6

Inhaltsverzeichnis:

1. Der neue Kurs in Sowjet-Rußland (Tony Sender, Frankfurt a. M.)
2. Das Korrespondenzblatt zu den 10 Forderungen des A. D. G. B. und Ufa-Bundes (Rob. Dikmann).
3. Die deutsche Wirtschaft im Jahre 1921 (F. Petrich).
4. Reparationsleistungen und Gewerkschaften (Fritz Schröder).
5. Rentabilitätsberechnungen (Dr. Norbert Einstein).
6. Die Kohle und ihre Bedeutung für die Volkswirtschaft (Betriebsingenieur M. Bachert, Hesse).
7. Was ist eine Atmosphäre? (D. Künstler, Ingenieur, Magdeburg).
8. Sollen Betriebsräte Lohn- und Arbeitsverträge abschließen? (D. Ritter, Peine).
9. Wie „Beleidigungen“ und „Entlassungsgründe“ zustande kommen.
10. Bücherbesprechung.

Der neue Kurs in Sowjet-Rußland

Tony Sender, Frankfurt a. M.

III.

Es konnte so nicht ausbleiben, daß die Krise in der Landwirtschaft und insbesondere der Rückgang der Anbaufläche eine starke Rückwirkung auch auf die Lage der Industrie haben mußte. Eine nur mangelhaft ernährte Arbeiterbevölkerung ist zu voller Ausnutzung ihrer Arbeitskraft außerstande. Allerdings kommt hierzu noch ein weiteres, von Lenin selbst hervorgehobenes Moment, das er wie folgt ausdrückte:

„Der russische Arbeiter arbeitete schlecht für die Ausbeuter, aber er arbeitete auch nicht besser für den proletarischen Staat... Infolge des geistigen Rückstandes unseres Volkes können wir nicht die Festung der Kapitalisten in einem Frontalangriff stürmen. Es kann sein, daß in anderen Ländern das möglich sein wird, wir aber können nicht diesen Weg gehen.“

Wir wollen daran vorübergehen, daß diese Worte, wären sie von einem nichtkommunistischen Beobachter ausgesprochen worden, als bössartige Verleumdung und menschenwristische Verräterei zurückgewiesen worden wären, und uns auch nicht dabei aufhalten, daß man heute noch in Westeuropa den kommunistischen Arbeitern diese bitteren Wahrheiten vorenthält. Was uns

in dieser Untersuchung in erster Linie interessiert, ist vielmehr die Wirkung, die die agrarischen Maßnahmen auf die heimische Industrie des Sowjetstaates ausübten.

Wohl haben es die Bauern in erster Linie dem Kampf der Arbeiter zu verdanken, daß sie in den Besitz des Landes kamen, aber die Bauern ihrerseits dachten nicht daran, nun dafür besorgt zu sein, den Arbeitern die Lebensmittel bis zur Wiederherstellung der Großindustrie zu liefern. Ihr zäher Widerstand hat es vielmehr erreicht, daß die Sowjetmacht vor ihnen kapituliert und durch Aufhebung der Requisitionen den freien Handel mit Getreide wieder offiziell sanktionierte. Hat sich so einerseits das privategoistische Interesse des Bauern durchgesetzt, so schiebt sich nunmehr zwischen Bauer und Proletarier eine weitere, privatkapitalistisch orientierte Schicht, die des kapitalistischen Handels. Dieser freie Handel, einmal zugelassen, konnte natürlich nicht lediglich auf das Getreide beschränkt bleiben, sondern bemächtigte sich auch der anderen Zweige und erzwang so die Aufhebung aller anderen Handelsbeschränkungen.

So wurde die Naturalsteuer, indem sie dem Bauern die Freiheit der Verfügung über den größten Teil seiner Produkte gab, zur Grundlage der Freiheit des Handels und bedeutet, wie Lenin auf dem 3. Kongreß der kommunistischen Internationale erklärte, „unbedingt Freiheit der Entwicklung des Kapitalismus“. Mit dieser Legalisierung des Handels entwickelt sich auch die entsprechende Klasse, die — bisher quasi illegal lebend — schon längst unter dem Namen Sowjetbourgeoisie bekannt geworden ist und die auch die allmächtige Tscheka (außerordentliche Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution) nicht hat ausrotten können. Sie ist zu suchen in erster Linie in der weit ausgedehnten neuen Bürokratie, deren Apparat zu einer großen selbständigen Millionenmacht wurde, in den sich manche unlautere Elemente eingeschlichen, die aus Bestechungsgeldern und Schiebergeschäften Reichtum erwarb. Ist so auch die alte russische Bourgeoisie enteignet, so ist doch eine neue entstanden, allerdings eine Bourgeoisie, die an der Aufrechterhaltung der Sowjetmacht insofern interessiert ist, als sie ja befürchten müßte, ihren neu erworbenen Reichtum durch ein Wiedererstehen der alten Bourgeoisie geraubt zu bekommen. Diese Schicht will darum die Aufrechterhaltung der bestehenden Regierung, die durch ihre neue Politik nicht nur ihren Besitz legalisiert, sondern auch seine weitere Verwertung und Vermehrung gewährleistet.

In den ersten Revolutionsjahren hat die Sowjetregierung in der radikalsten Weise die Enteignung der industriellen Unternehmen vollzogen. Man hatte ja in Rußland und in Europa den Grundsatz als sozialistisch vertreten, daß zunächst alles niedergedrückt werden müsse, um dann vollkommen von neuem aufzubauen. Nun muß bei der Abschätzung des Resultats der Vollsozialisierung der Industrie wohl berücksichtigt werden, daß durch die Kämpfe mit Judenitsch, Koltischak, Denekin usw. oft gerade die wichtigsten Industriegebiete sich im Operations- oder Okkupationsgebiet befanden, daß alle Kraft auf die militärische Verteidigung und auf die Herstellung von Kriegsgerät konzentriert werden mußte und so die wirtschaftliche Aufbauarbeit außerordentlich gehemmt war. Wären dies aber die alleinigen Hemmungen eines industriellen Aufbaus gewesen, so hätte letzterer

nach Abschluß der Kriege mit der in- und ausländischen Konterrevolution gelingen müssen.

Erst dann, nach Beendigung der militärischen Auseinandersetzungen, konnte sich die Richtigkeit oder die Verfehltheit der bolschewistischen Aufbaumethoden erweisen. Und heute erklären die Führer offen, daß sie auf diesem Gebiet eine Niederlage erlitten haben. Der Rückgang der industriellen Produktion ist ein fortschreitend rückgängiger. In Heft 7/9 der in Berlin erscheinenden Russischen Korrespondenz, das fast ausschließlich der Beleuchtung des neuen Kurses gewidmet ist, schreibt **Larin** über die Lage der Volkswirtschaft u. a., daß die Produktion in den wichtigsten Produktionszweigen gegenüber der Vorkriegszeit noch im ersten Halbjahr 1921 betrug:

Baumwollgewebe	6 Prozent	Walzeisen	5 Prozent
Süßeisen	32 "	Naphtha, Kohle usw.	18 "

Noch eingehendere und interessantere Ziffern gibt **Spektator** in seiner im gleichen Verlag erschienenen zweiten Broschüre „Sowjetrußland in Zahlen“, in der das Wirtschaftsleben des alten und des neuen Rußland in 75 Tabellen dargestellt wird. In dieser an wertvollen Daten für alle, die an Rußland Interesse nehmen, gleich nützlichen Broschüre versucht der Verfasser, ein vergleichendes Bild der russischen Vor- und Nachrevolutionärswirtschaft zu geben, das freilich angesichts der zum Teil mangelhaften Unterlagen der Statistik nicht immer vollkommen sein kann. Immerhin seien daraus noch einige Zahlen herausgegriffen, in denen **Spektator** die Entwicklung gegenüber der Vorkriegszeit zeichnet. Danach betrug im Jahre 1920 die

Eisenerzgewinnung	2,25 Prozent der Vorkriegszeit
Kupfererzgewinnung	0,6 " " "
Manganerzgewinnung	2,6 " " "
Asbestproduktion	6 " " "
Salzgewinnung	17 " " "
Produktion von Halbzeug	2,3 " " "
Landwirtschaftliche Maschinen	1,5-13,07 " " "
Garnproduktion	5-6 " " "
Gewebeproduktion	4-5 " " "
Zündhölzer	15 " " "
Zuckerproduktion	6 " " "

Hierbei ist zu berücksichtigen, daß der größte Teil des Produktionsapparates des alten Rußland — wenn auch allerdings in zum Teil schlechten Zustand — verblieben ist und daß die Arbeiterzahl in den einzelnen Betrieben teilweise sich erhöht hat. Leider gibt **Spektator** hierüber keine vollständigen Zahlen an, es sei darum hier nur auf die von ihm für die Torfindustrie angegebenen Ziffern verwiesen:

	Torfgewinnung	Zahl der Arbeiter	Torfgewinnung pro Arbeiter
im Jahre 1913	100 Prozent	100 Arbeiter	100 Prozent
" " 1919	70,4 "	163,4 "	41,2 "

Trotz aller Anstrengungen glaubt die Sowjetmacht heute nicht mehr daran, aus eigener Kraft der Situation Herr werden zu können. Zwar sagt Lenin noch auf dem Kongreß der 3. Internationale im Juli v. J.: „Wir mußten sofort etwas unternehmen . . . um auf revolutionärem Wege unsere Politik zu ändern.“ Die Geschichte indes wird die Antwort darauf geben, ob diese neue Politik auf „revolutionärem Wege“ wandelt. Muß doch Lenin

in derselben Rede selbst zugebort: „Alein die Bauern Rußlands haben von der Revolution unbedingt mehr gewonnen als die Arbeiterklasse. Vom theoretischen Standpunkt aus beweist das natürlich, daß bis zu einem gewissen Grade unsere Revolution eine bürgerliche Revolution war.“

Diese kommunistische Feststellung ist außerordentlich bedeutsam, wenn auch durch die sonderbare Einschränkung „vom theoretischen Standpunkt aus“ eine Abschwächung versucht wird. Was soll damit gesagt werden? Etwa daß dieser „theoretische Standpunkt“ in Widerspruch stehe mit der praktischen Wirklichkeit? Tatsächlich ist aber dieser Widerspruch nicht vorhanden und so steht es auch in sonderbarem Gegensatz zu der sonst in der Sprache Lenins gewohnten Klarheit, wenn er daran anschließend in Polemik gegen Kautsky sagt:

„Es ist natürlich, daß es ohne Expropriation des Großgrundbesitzes, ohne Fortjagung der Großgrundbesitzer und ohne Verteilung des Grund und Bodens nur eine bürgerliche und keine soziale Revolution gibt.“

Sonderbare Kennzeichen der sozialen Revolution! Da aber die große französische Revolution alle diese Merkmale der angeblich sozialen Revolution, wie Verjagung der Großgrundbesitzer, Verteilung des Grund und Bodens aufweist, so müßte man auch nach dieser Leninschen Theorie die 130 Jahre zurückliegende französische Revolution von nun ab als eine soziale ansprechen und demgemäß eine vollkommene Umwälzung der historischen Methode von Marx vornehmen.

Und es zeugt nur für den richtigen proletarischen Instinkt bestimmter Arbeiterschichten Rußlands, wenn sich Lenin darüber beklagen muß, daß Teile der Arbeiterschaft, ja sogar Teile der Avantgarde nicht verstanden haben, daß es im Interesse der Arbeiterschaft liege, wenn man der Bauernschaft die weitgehendsten Konzessionen mache. Die Vorwürfe des Opportunismus aber weist er damit zurück: „Wir helfen den Bauern, weil das unerlässlich ist dafür, daß wir die politische Macht erhalten. Das ist der höchste Grundsatz der Diktatur, das Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft zu bewahren, damit das Proletariat die führende Rolle und die Staatsmacht behalten kann.“

Auch in diesen Worten ist das Abweichen von der marxistischen Lehre enthalten, wenn als höchstes Ziel der Diktatur die Erhaltung der Macht, nicht aber die allmähliche restlose Beseitigung des Privateigentums und die Aufhebung der Klassen bezeichnet wird.

Allerdings kann diese klare Zielsetzung des Sozialismus nicht ausgesprochen werden in dem Moment, da die bolschewistischen Führer die Maßnahmen des neuen Kurses auch in der Industrie verteidigen müssen. Maßnahmen, die in Konzessionen an die fremde Bourgeoisie, an das ausländische Kapital bestehen. Wenn aber diese neue Ara von den russischen Kommunisten gerne als Staatskapitalismus bezeichnet wird, so ist damit die neue Wirtschaftsepoche u. E. vollkommen falsch charakterisiert. Denn Staatskapitalismus bedeutet Ausbeutung der Wirtschaftseinrichtungen durch die in dem Staat organisierte herrschende Klasse, was aber die Herrschenden Rußlands im neuen Wirtschaftskurs unternehmen, ist die

Überlassung der Ausbeutung der Wirtschaftskräfte Rußlands an das ausländische Kapital in der Form der Verleihung von Konzessionen.

Die ausländischen Unternehmer bekommen also von der Sowjetregierung mit der Konzessionsverleihung insofern Kapital, als für sie die langjährigen Konzessionen „werthekender Wert“, nach der Formel der Marxschen Werttheorie, bedeuten, d. h. durch die Verfügung, die ihnen mit den Konzessionen über die Produktionsmittel eingeräumt werden, und durch die ihnen eingeräumte Ausbeutung der Lohnarbeit können sie sich im Mehrwert arbeitsloses Einkommen aneignen. Wenn darum darauf hingewiesen wird, daß durch die Konzessionen keine Entstaatlichung vorgenommen werde, so wäre es eine Selbsttäuschung, darin eine Sicherung gegen die Wiedererstehung des Kapitalismus zu erblicken. Denn nicht der Besitztitel als solcher ist das Merkmal kapitalistischer Wirtschaft, sondern die **Möglichkeit der Aneignung des Mehrwerts**, und diese Aneignung soll auf lange Jahre hinaus dem ausländischen Kapital gewährleistet werden. Notabene: Nach dem preussischen und mit geringen Abweichungen nach dem gesamten deutschen Bergrecht ist das Recht zur Ausbeutung von Bergwerken in Deutschland keineswegs an das Besitzrecht des Grund und Bodens gebunden. Mit der Schürfung und bestätigten Wutung konnte sich jeder das Recht auf Abbau von Kohle und Erzen erwerben, während der Grund und Boden über der Erde im Eigentum der Besitzer verblieb. Prof. Dr. Wolff sagt darüber in seinem „Lehrbuch des bürgerlichen Rechts“ unter Titel 8: Das Bergrecht:

„daß die Verleihung mehr als ein Erwerbsrecht an diesen Sachen gebe, daß sie sofort Eigentum begründe, widerspräche nicht nur der Fassung aller Berggesetze, die stets nur von einem Recht zur „Aufsuchung und Gewinnung“ sprechen, sondern auch den Strafnormen, die die Entnahme verleiher, aber noch nicht gewonnener Mineralien als ein vom Diebstahl verschiedenes Delikt ähnlich der Wildjagd bestrafen.“

Da aber der Anreiz für denjenigen, der die Schürfarbeiten vornahm, in der Ausbeutung der gefundenen Erze und Kohlen bestand, hat sich, obwohl das Grundeigentum nicht notwendig war, gerade im Bergbau das mächtigste und stärkste Magnatentum herausgebildet.

Was aber seit denn Sowjetrußland gegen diese Entwicklung? Etwa die Tatsache, daß Lenin, Trozky u. a. die Regierungsmacht besitzen? Seit wann aber sind Persönlichkeiten eine Schutzmauer gegen zwangsläufige wirtschaftliche Machtentwicklung? Daß aber auch Rußland gegenüber das ausländische Kapital die Ausbeutung auf Jahrzehnte hinaus garantiert haben will, das wird belegt durch ein Referat von Krassin über den „wirtschaftlichen Verkehr mit dem Ausland“, in dem er über Verhandlungen berichtet, die er mit dem englischen Großkapitalisten L. Erhardten wegen Abschluß eines Konzessionsvertrages für die früher bereits von der russisch-asiatischen Kompagnie ausgebeuteten Minen und Wälder in Kischym gepflogen hat und worüber Krassin mitteilt, daß die Engländer eine Konzessionsfrist von 99 Jahren verlangten, Krassin aber von sich aus „nur“ eine solche von 35 bis 40 Jahren bewilligen wollte. Krassin hielt aber eine Verständigung über diesen Punkt doch durch Rücksprache mit Moskau für möglich. Eine Gewährung des Ausbeutungsrechtes an Produktionsmitteln und Arbeitskraft auf Jahrzehnte hinaus — ist das nicht Kapitalismus in Reinkultur?

Wie übrigens inzwischen die Frankfurter Zeitung durch Veröffentlichung eines Briefes der Russo-Asiatic Consolidated Ltd. London mitteilte, hat

sich Krassins Optimismus hinsichtlich des Abschlusses dieses Konzessionsvertrages nicht bestätigt, da die englische Gesellschaft auf den Vertrag verzichtete, weil ihr eine Reihe von Garantien nicht gewährt wurden, auf deren Einräumung das Kapital nicht verzichten kann und will. Es ist interessant, auf einige der Punkte hinzuweisen, weil darin bereits die Richtung von weiteren Konzessionen angedeutet ist, zu denen sich die Sowjetregierung wird verstehen müssen.

Da sei vor allem auf die Forderung der Gesellschaft hingewiesen, daß Russen, die im Rahmen der Konzession für die Gesellschaft arbeiten, nicht den Beschränkungen der persönlichen Freiheit unterworfen sein dürften, die heute durch die Lokalgruppen der Sowjetregierung ausgeübt werden können.

Ferner verlangte die Gesellschaft mangels einer ordentlichen Gerichtsbarkeit in Rußland ein Schiedsgericht, dessen Obmann weder Russe noch Engländer sein, sondern von einer ausländischen wissenschaftlichen Gesellschaft bestimmt werden sollte. Die Sowjetregierung bestand jedoch darauf, daß der Obmann ein Russe sein müsse, was wiederum von den Engländern mit der Begründung abgelehnt wurde, daß ein solcher angesichts der völligen Abhängigkeit aller russischen Intellektuellen von der Sowjetregierung nicht unparteiisch sein könne. Schließlich schien den Engländern die Forderung der Sowjetregierung unannehmbar, daß für einen Zeitraum von sieben Jahren die Gesellschaft alle Lebensbedürfnisse für die Arbeiter und ihre Familien (Kleider, Stiefel usw.) unter allen Umständen aus dem Ausland einführen und zu den Selbstkosten verkaufen müsse, wie auch immer die Versorgung und die Preise in den Gegenden, in denen die Arbeit verrichtet wird, sich gestalten.

Man sieht daraus, das Kapital ist wohl bereit, die Ausbeutung der russischen Schätze in die Hand zu nehmen und zu diesem Zwecke auch die erforderlichen Kapitalien und Produktionsmittel aus dem Ausland einzuführen, aber es ist nicht gewillt, dabei die Gesetze seiner Bewegungsfreiheit sich vorschreiben zu lassen, noch auf die kapitalistischen Rechtsgarantien zu verzichten. Da aber mit stärkerem Nachdruck von den Wirtschafts- und Finanzsachverständigen erklärt wird, daß ohne Auslandshilfe eine Besserung der derzeitigen Verhältnisse unmöglich sei, so wird der Sowjetregierung keine andere Wahl bleiben, als auf dem Weg des Kompromisses vorwärts zu schreiten.

Hierfür kommt in erster Linie auch die Umstellung der Finanzpolitik in Frage. Es ist kein Zweifel darüber, daß die Auffassung Spektators zutreffend ist, wenn er die Nationalisierung der Banken als eine für die Selbstbehauptung der Revolution unerläßliche und durch die enge Vierung des mit der Gegenrevolution paktierenden Adels einfach diktierte revolutionäre Maßnahme bezeichnet. Dagegen heute polemisieren zu wollen, käme einer Verständnislosigkeit der damaligen Lage gleich. Wundern darf man sich nur über die äußerst primitive Weise, in der man glaubte, mit den bisherigen Funktionen der aufgelösten Kreditinstitute fertig werden zu können. War doch die Theorie wunderbar einfach die, daß man nur die Notenpresse in emsige Tätigkeit zu setzen brauche, um das Geld überhaupt ad absurdum zu führen. Die Lehre hatte in ihrer Einfachheit etwas Bestechendes und wurde darum auch in Europa von begeisterten Urteilslosen beklatscht. In Wirklichkeit aber

bedeutete es, daß die Sowjetrepublik überhaupt keine Finanzpolitik hatte, und den Mangel einer solchen bekamen natürlich durch die völlige Entwertung des Geldes in erster Linie die Arbeiter zu spüren.

So wurde denn auch mit der Einleitung des neuen Kurses mit der Politik der „Abschaffung des Geldes“ gebrochen und die Sowjetregierung selbst hat eine Staatsbank errichtet, die bereits eifrig bestrebt ist, Verbindungen mit den kapitalistischen Banken des Auslandes aufzunehmen. Der Geschäftskreis der Bank ist indessen nach den bisherigen Nachrichten noch recht klein und sie wird auch erst dann zu richtiger Funktion gelangen können, wenn eine Besserung der Währung erreicht werden kann. Wie Ende Dezember aus Moskau gemeldet wurde, ist der Goldschatz Rußlands von 3700 Millionen Rubel vor dem Kriege auf rund 30 Millionen Rubel herabgesunken und gegenwärtig soll die Staatsdruckerei täglich für 100 Milliarden Geldscheine drucken. Darum soll nunmehr das Selbstkostenprinzip in der Staatswirtschaft wieder eingeführt werden, d. h. kein Betrieb soll seine Produkte unter den Herstellungskosten abgeben dürfen. Ein weiterer Abbau ist die Abschaffung der freien Benutzung von Eisenbahnen, Post, Elektrizität, Gas usw. Eine Maßnahme aber, deren Einführung auf nicht unerhebliche Schwierigkeiten stoßen wird, ist die Einführung neuer Steuern, und zwar direkter, wie auch indirekter. So sehen wir, wie der erste, bei den Bauern begonnene Schritt der Wiederherstellung des Privatkapitals von Stufe zu Stufe wieder die kapitalistische Wirtschaftsform herbeiführt.

:::

:::

:::

Das Korrespondenzblatt zu den 10 Forderungen des A.D.G.B. und Ufa-Bundes

(Zur Antwort)

Rob. Dikmann

Nr. 4 unserer Betriebsräte-Zeitschrift enthielt eine Reihe instruktiver Artikel zu den vom Vorstand des A.D.G.B. und Ufa-Bund aufgestellten zehn Forderungen. Dazu hatte ich in einem einleitenden kurzen Artikel u. a. geschrieben:

„Soll diese (die proletarische Armee) marschieren, müssen alle Glieder der freien Gewerkschaftsverbände in Bewegung gesetzt werden. Dazu gehört u. a. auch die notwendige Initiative der Leitung des A.D.G.B. und Ufa-Bundes, die wir leider stark vermisten. Nachdem Forderungen von so entscheidender Bedeutung aufgestellt wurden, mußte auch der Weg zu ihrer Verwirklichung gemiesen, der kraftvolle Wille zu ihrer Durchführung bekundet werden. Das ist bedauerlicherweise unterblieben. Es genügt in solchem Falle nicht, mit Vertretern der Regierung zu verhandeln. Die Gegner der Arbeiterklasse werfen für ihre Forderungen andere Kräfte in die Waagschale, rücksichtslos und brutal verstehen sie es immer wieder, ihren Willen durchzusetzen.“

Diese Zeilen gaben der Redaktion des Korrespondenzblattes des A.D.G.B. Veranlassung, in Nr. 7 des genannten Organs an meine persönliche Adresse eine Erwiderung zu richten, deren Kern folgendes besagt:

1. Mir sei bekannt gewesen, daß die Vorstände der Spitzenverbände nicht bloß mit dem Reichszankler, sondern auch mit den Leitungen der für politische Aktionen in erster Linie zuständigen politischen Parteien verhandelt hätten, so auch mit der Partei, der ich angehöre.

1. Alle weiteren Schritte seien im Einverständnis mit diesen Parteileitungen unternommen worden.
2. Im Einverständnis mit diesen Parteileitungen sei von anderen Kraftentfaltungen (wie ich sie andeute) abgesehen worden.
3. Keine Kritik scheine einem „kraftgeschwollenen Agitationsbedürfnis“ zu dienen.
4. Meine Kritik setze das Ansehen des ADOB in den aufzuklärenden Kreisen herab und sei Mißtrauen.
5. Besonders schlimm sei es, wenn eine solche Erziehung in der größten deutschen Gewerkschaft geübt werde. Faktische Meinungsverschiedenheiten könnten doch wirklich an anderer Stelle ausgetragen werden.

Dränge ich heute meine Antwort auf die knappste und höflichste Formel, so geht sie dahin:

Zu 1. Daß die Spitzenverbände solche Verhandlungen gepflogen haben, war mir bekannt. Was ich kritisiere, ist, daß sie nicht mehr getan haben.

Zu 2. Welches sind denn diese „alle weiteren Schritte“?

Zu 3. Die Parteileitung der USPD, die ich dieserhalb interpellierte, lehnt es ganz entschieden ab, in den Rahmen der Parteileitungen mit einbezogen zu werden, die „ihr Einverständnis damit erklärt hätten, von anderen Kraftentfaltungen abzusehen.“ Das unter 3 Behauptete scheint also nicht ganz zu stimmen.

Zu 4. Diese Bemerkung schenke ich dem Verfasser, ihm dabei zugute rechnend die Berlegenheit, in der er sich zweifellos befunden hat.

Zu 5. Der ADOB wird meines Wissens gebildet aus den ihm angeschlossenen freien Gewerkschaften. Allzu oft wird die Zusammenfassung dieser 8 Millionen freier Gewerkschaftsmitglieder verwechselt mit den Vorstandsmitgliedern des ADOB. Das Ansehen des ADOB und seiner Spitzenleitung wird meines Erachtens gehoben und die Interessen der freien Gewerkschaften werden gefördert, wenn die im November v. J. aufgestellten 10 Forderungen nicht auf dem Papier stehen bleiben, sondern wenn zu ihrer praktischen Durchführung alles geschieht, was eine Zusammenfassung aller gewerkschaftlichen Kräfte zu leisten vermag. Kiesen nicht die Vorstände des ADOB und Afa-Bundes am 15. November 1921 alle organisierten Arbeiter und Angestellten auf,

„für die 10 Forderungen mit allem Nachdruck einzutreten und für ihre Durchführung ihre ganze organisatorische Kraft zu entfalten?“

Wie stehts nun mit einer planmäßigen Entfaltung der ganzen organisatorischen Kraft der 8 Millionen freiorganisierter Arbeiter und drei Viertel freiorganisierter Angestellten? Ich denke nicht daran, gegenüber jenem Aufruf der Spitzenverbände von einem „kraftgeschwollenen Agitationsbedürfnis“ zu reden. Doch das Ansehen des ADOB läßt es nicht zu, daß jene sachlich durchaus berechtigten und notwendigen Forderungen nun etwa im Hintergrunde verschwinden. Die sich immer mehr verschlechternden wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse zwingen dazu, jene aufgestellten Forderungen mit allem Nachdruck zu vertreten, ihnen mit allen Nachmitteln zur Durchführung zu verhelfen. Dabei ist uns nie eingefallen, anzunehmen, daß die 10 Forderungen von heute auf morgen reslos verwirklicht werden könnten. Nicht zulassen könnten wir jedoch, wenn die

leitenden Körperschaften der Gewerkschaften und Angestellten solche Forderungen von größter Bedeutung und Tragweite aufstellten und dann etwa mit vornehmer Geste sagen würden: „Bitte sehr, politische Parteien, nun mögt ihr versuchen, die von uns aufgestellten Forderungen durchzusetzen.“ Würde so verfahren, würde allerdings das Ansehen des ADGB leiden und nicht nur Mißtrauen zurückbleiben, sondern darüber hinaus ein beklagenswerter Schaden der Gewerkschaftsbewegung überhaupt.

Zu 6. Wir haben wahrlich seither bei taktischen Meinungsverschiedenheiten mit der Spitzenleitung des ADGB die nötige Zurückhaltung geübt und seit Jahren immer wieder versucht, unserer Auffassung im engeren Beratungszimmer Geltung zu verschaffen. Wie oft sind wir öffentlich mit „verprügelt“ worden für Beschlüsse usw., gegen die wir uns in engeren Beratungen vergeblich wandten. Doch die 10 Forderungen wurden seinerzeit der breiten Öffentlichkeit feierlich verkündet. So erfuhren auch wir davon. Nunmehr galt es, für diese Forderungen einzutreten. Klarheit mußte von vornherein darüber herrschen — auch bei den Spitzenvorständen —, daß diese Forderungen nicht auf dem Verhandlungswege zu verwirklichen sind. Dem gab auch der erweiterte Beirat des DMB in seiner Sitzung vom 20. Dezember 1921 Ausdruck, als er in seiner einmütig gefaßten Entschließung hervorhob:

„Pflicht aller proletarischen Organisationen muß es sein, ihre Kräfte für die Durchführung dieser 10 Forderungen einzusetzen. Die Verwirklichung dieser Forderungen ist nur möglich in hartem zähem Ringen mit den kapitalistischen Mächten.“

Wir werden uns auch in Zukunft der Pflicht nicht entziehen, die Funktionäre wie die gesamten Mitglieder der Organisation zu klarem Erkennen und logischem Denken zu „erziehen“. Denn nur dann werden sie in die Lage versetzt, im Kampf mit den Klassegegnern des Proletariats Erfolge buchen zu können.

Die deutsche Wirtschaft im Jahre 1921

J. Petrich

Die Produktion.

Trotz der erhöhten Ein- und Ausfuhrziffern kann nach allem Vorhergesagten kein Zweifel darüber bestehen, daß die deutsche Wirtschaft 1921 nur eine Scheinkonjunktur durchgemacht hat, die in Kürze in eine schwere Krise umschlagen kann. Der papiernen Ausblähung entspricht keineswegs der reale wirtschaftliche Kern, aber dem Kapital ist zur Erjagung höchsten Profits jedes Mittel recht. Wir haben schon auf die Preisdiktatur und die vielgestaltigen Spekulationsformen hingewiesen. Das verfloßene Jahr stand ganz im Zeichen dieser kapitalistischen Auswüchse. Preistreiberei, Spekulation in Valuta und Waren bis zum Überwitz! Die Kurse der Aktien vervielfältigten sich, die Dividenden stiegen märchenhaft und auf diese Weise hat der Kapitalismus — eine günstige Konjunktur strupellos auszunutzend — auf Kosten der Volkswirtschaft und der Existenz der Arbeiterklasse reiche Gewinne eingehemst, während anderseits die Verbrauchssteuern reslos abgewälzt wurden und die Vermögenssteuern noch nicht einmal für das

Jahr 1920 gezahlt sind! Das sind allerdings Wirtschaftsbedingungen für das Kapital, welche die Akkumulation und Konzentration ungemein fördern.

Betrachtet man die grundlegenden Wirtschaftszweige, so ist eine, wenn auch geringe Besserung in der Produktion zu verzeichnen. Begünstigt durch die Valutaverhältnisse ist durchweg erhöhter Beschäftigungsgrad und abnehmende Erwerbslosigkeit zu verzeichnen, im Gegensatz zu England und Amerika, deren Arbeitslosenziffer andauernd hoch blieb. Günstig hat insbesondere die Besserung in der Kohlenförderung gewirkt. In den 11 Monaten von Januar bis November hat sie sich folgendermaßen entwickelt:

Tonnen	1913	1920	1921	Vergleich mit 1913
Steinkohlen . . .	159512000	119421000	124286000	78,2 %
Braunkohlen . . .	79741000	101523000	111967000	140,4 %
Rohs	27741000	22822000	25501000	91,9 %
Steinkohlenbrifetts	5382000	4488000	5264000	97,8 %
Braunkohlenbrifetts	19684000	22191000	25958000	131,9 %

Die Steinkohlenförderung hat nur eine geringe Zunahme aufzuweisen, wohingegen die Braunkohlenförderung sich weiterhin rapid aufwärts entwickelt. Die Unternehmerpresse wird nicht müde, auf den Abstand gegen das Jahr 1913 in der Steinkohlenförderung hinzuweisen, obwohl die Belegschaftszahl stark gestiegen ist. Für die verminderte Arbeitsleistung wird selbstverständlich die Republik, der Achtstundentag, die Faulheit der Arbeiter verantwortlich gemacht. Es ist schon sehr oft auf den Raubbau im Bergbau während des Krieges hingewiesen worden. Um so nachdrücklicher muß heute darauf hingewiesen werden, daß die im Kriege entstandenen technischen Mängel heute zum großen Teil noch fortbestehen, daß immer noch die minderwertigsten Kriegsprodukte für den technischen Betrieb Verwendung finden. Im Verlag Busch in Essen ist kürzlich ein Schriftchen von Heinrich Mantel erschienen, einem durchaus unternehmerfrommen Mann, der aber die skandalösen technischen Zustände, die eine bessere Förderung geradezu sabotieren, mit großer Schärfe behandelt. Die Kohlenbarone, die in der Öffentlichkeit zur Erreichung höherer Preise so gern mit gestiegenen Materialpreisen operieren, halten den Betrieb heute noch mit Materialien und Maschinen aus der Kriegszeit aufrecht — weil es für den Augenblick profitbringender ist. Die weiteren Schilderungen Mantels über Bohrmaschinen, Bohrhämmer, Motoren, Ventilatoren und Transportanlagen beweisen, daß die Montankapitalisten den Zwang zum technischen Fortschritt noch nicht in genügender Stärke spüren. Hier ist nach aller Überzeugung der Punkt, wo energisch zugefaßt werden muß. Anerkanntermaßen sind die großen technischen Neuerungen im Bergbau allein auf das energische und geschlossene Auftreten der Bergarbeiter zurückzuführen — so wie die moderne Sozialpolitik der Aktion der Arbeiterklasse zu danken ist! Die Bergarbeiter werden auch jetzt wieder die Unternehmer zur planmäßigen Anwendung moderner technischer Errungenschaften drängen müssen. Aber alles das ist der bündigste Beweis, daß der Bergbau nicht länger im Besitz des raubbau-treibenden Privatkapitals bleiben darf, sondern in Gemeinschaftsbesitz überführt werden muß, der den Kohlengräbern eine menschliche Existenz und die höchste technische Vervollkommnung des Betriebes gewährleistet.

Die Erzeugung von Stahl und Eisen ist am Ende des Jahres statistisch noch nicht ermittelt. Nach einer Äußerung von Generaldirektor Bögler auf dem Eisenhüttenstag, die allerdings mit der größten Vorsicht aufzunehmen ist, hat die Produktion an Stahl und Eisen etwa die Hälfte des Friedensstandes erreicht; das würde für Eisen etwa 10 Millionen Tonnen (1913: 19,29 Mill. Tonnen) und für Stahl ungefähr 9 Millionen Tonnen (1913: 18,96 Millionen Tonnen) betragen. Nach dem Verlust der lothringischen Erze ist das keineswegs verwunderlich. Die Produktions- und Arbeitslage in der gesamten Metallindustrie darf im verflossenen Jahr im Durchschnitt als nicht ungünstig bezeichnet werden. Die Metallarbeiter-Zeitung hat über die Schwankungen laufend berichtet. Hingewiesen sei nur darauf, daß die Metallindustrie in viel höherem Maße als vor dem Kriege Exportindustrie geworden ist; während im letzten Friedensjahr die Metall- und Stahlindustrie mit 8 Prozent an der deutschen Gesamtausfuhr beteiligt ist, sind es im Jahre 1921 15 bis 16 Prozent.

Besonderes Interesse verdient die Kaliindustrie. Es ist im abgelaufenen Jahr wiederholt darauf hingewiesen worden, welche abenteuerliche Lieferungs-, Preis- und Gewinnverteilungspolitik die Kaliunternehmer im Jahre 1920 trieben. Die ungewöhnlich hohen Devisengewinne wurden ausschließlich zu abnorm hoher Dividendenzahlung und Kapitalsverwässerung verwendet, so daß, als im Jahre 1921 vorübergehende Absatzstockungen besonders im Auslandsgeschäft eintraten, sich „finanzielle Schwierigkeiten“ einstellten. Der Ausweg wurde in fortgesetzten Preiserhöhungen gesucht. Im Mai trat eine Preiserhöhung um 55 Prozent ein, im Juli eine solche von 35 Prozent und im Dezember eine dritte in Höhe von 80 Prozent. Die Befürchtung, daß in 1921 der Absatz erheblich hinter dem Vorjahr zurückbleiben würde, womit nicht zuletzt die Preiserhöhungen erpreßt wurden, hat sich als haltlos erwiesen. Den Absatzschwierigkeiten in der ersten Hälfte des Jahres folgte ein um so glänzenderes Geschäft, so daß die Absatzquote von 9 Millionen Doppelzentner im Jahre 1920 am Ende des Jahres 1921 bereits überschritten war. Mit Befriedigung blicken die Kaliunternehmer auf das letzte Jahr zurück. Die erzielten Preise und Gewinne gestatten die Fortführung der großen Stilllegungs- und Konzentrationsaktion. Gegenwärtig sind schon 75 Schächte stillgelegt, deren Zahl sich in Kürze auf 100 erhöhen soll, die aber an dem Gewinn der Gesamtindustrie in vollem Umfange beteiligt sind. Die kapitalistische Planlosigkeit der Kapitals- und Produktionsanlage hat in diesem Wirtschaftszweige eine ganz besonders krasse Form erreicht. Die stillgelegten, am Gewinn auf Jahrzehnte beteiligten Werke sind ausgesprochene Parasitäre, die auf Kosten der Gesamtwirtschaft ein überflüssiges Dasein fristen.

Mit Ausnahme der Bauindustrie, deren Erholung in dem krisenhaften Wirtschaftszustande fast unmöglich erscheint, die neuerdings noch besonders erschwert wird durch den großen Mangel an Qualitätsarbeitern, hatten fast alle Wirtschaftszweige einen erfreulichen Beschäftigungsgrad aufzuweisen. So die Textilindustrie, deren Export sich zusehends günstiger gestaltet; die Zigarettenindustrie, die im Begriff steht, die letzten Reste von Handarbeit zu beseitigen.

Von grundlegender Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft sind die Erträge der deutschen Landwirtschaft. Das vielgestaltige Agrarproblem ist in diesen Blättern von berufener Seite eingehend dargestellt worden. Hier soll nur noch mit einigen Zahlen gezeigt werden, daß im letzten Jahre zwar eine kleine Ertragssteigerung gegen das Vorjahr eingetreten ist, daß wir aber von dem Friedensstande noch weit entfernt sind.

Deutsche Ernten (in Millionen Tonnen)

	1911	1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921
Roggen .	10,9	11,6	12,2	10,4	9,1	8,9	7,0	6,68	6,1	4,97	6,79
Weizen .	4,1	4,4	4,6	3,9	3,9	3,1	2,3	2,3	2,2	2,25	2,93
Gerste .	3,2	3,5	3,7	3,1	2,5	2,8	1,86	1,9	1,7	1,8	1,93
Hafer .	7,7	8,5	9,7	9,0	5,99	7,0	3,72	4,4	4,5	4,9	5,0
Kartoffeln	34,4	50,2	54,1	45,6	53,9	25,1	34,9	28,7	21,5	28,2	26,15

Die verheerenden Wirkungen des Krieges auf die Landwirtschaft treten fraß in die Erscheinung. Vor dem Kriege mit den relativ guten Ernten, vermochte aber die deutsche Landwirtschaft den Ernährungsbedarf nicht zu decken. Im Jahre 1913 wurden z. B. 7 532 000 Tonnen Lebens- und Genussmittel eingeführt. Nach dem Kriege ist die Spannung zwischen dem landwirtschaftlichen Ertrage und dem Ernährungsoll erheblich gestiegen, sie ist künstlich vermindert durch die gewaltig gesunkene Lebenshaltung der übergroßen Volksmehrheit. Erklärlich ist es aber, daß die Nahrungsmittelfuhr in der Gesamteinfuhr enorm zugenommen hat. Die Ertragssteigerung in der Landwirtschaft ist deshalb eine der wichtigsten Aufgaben, die zu lösen ist, die um so dringender ist, als der Verlust von 13 Prozent landwirtschaftlicher Fläche nur auf diesem Wege ausgeglichen werden kann. Aber besonders auf diesem Gebiete lehren die jüngsten Erfahrungen, daß unter den privatwirtschaftlichen Agrarverhältnissen das Ziel schneller und umfassender Ertragssteigerung nicht zu erreichen ist. Eine planmäßige und erfolgreiche Anwendung aller technischen Fortschritte ist nur in einer sozialisierten Landwirtschaft möglich. Die Sozialisierung der landwirtschaftlichen Großbetriebe und die genossenschaftliche Zusammenfassung der Mittel- und Kleinbetriebe ist deshalb nicht weniger lebenswichtig für das arbeitende Volk wie die Sozialisierung des Bergbaues

:::

:::

:::

Reparationsleistungen und Gewerkschaften

Fritz Schröder

Bei meinen Vorträgen an der Berliner Gewerkschaftsschule über das Wirtschaftsleben und die Gewerkschaften war ein Abend auch der Frage der Reparationsleistungen mit ihren Auswirkun-gen auf das deutsche Wirtschaftsleben gewidmet. Bei nochmaligem Durchsehen der einschlägigen Literatur fiel mir auch der gedruckte Vortrag des Herrn Ad. Biedermann über die wirtschaftlichen Auswirkun-gen des Ultimatus und die Gewerkschaften, gehalten auf der Konferenz der Ortsausschüsse des ADGB und der Ortskartelle des Afa-Bundes der nordischen Wasserlante am 10. und 11. Juni in Hamburg, in die Hände. Die sozialpolitischen Schlußfolgerungen des Herrn Biedermann

sind schon damals, wenigstens in einem Teil der Presse, abgelehnt worden. Es erscheint mir jedoch geboten, etwas ausführlicher auf die Gedankengänge Biedermanns einzugehen.

Die merkwürdigen Schlußfolgerungen, zu denen Biedermann kommt, sind das notwendige Ergebnis seiner geistigen Einstellung zum in Frage kommenden Problem. Er spricht einleitend von der Herstellung einer einheitlichen Volksgemeinschaft zum Zwecke der Erfüllung der Reparationspflicht und läßt ganz folgerichtig seinen Vortrag ausklingen mit den Worten:

„Wir können nur hoffen und wünschen, daß es unter möglichst geringen Reibungen geschieht, daß in der Erfüllung des Vertrages eine wirkliche Volksgemeinschaft hergestellt wird.“

Herr Biedermann hat in seiner langen Gewerkschaftstätigkeit so wenig den wahren Sinn des Klassenkampfes erkannt, daß er im Juni 1921 den Arbeitern und Angestellten der nordischen Wasserkaute zu sagen wagte, auch in den Fragen des Portemonnaies ließe sich eine Volksgemeinschaft herstellen. In Wirklichkeit ist natürlich die Volksgemeinschaft eine irreführende Redensart und in der rauhen Wirklichkeit handelt es sich in einer auf Klassengegensätzen beruhenden Gesellschaftsordnung immer nur darum, wer die Beche bezahlen soll.

Biedermann fördert aber noch andere merkwürdige Erkenntnisse zutage. Auf Seite 9 seiner Broschüre spricht er davon, daß die Krise mit ihren Widersinnigkeiten innerhalb der Wirtschaft und der Völker die soziale Frage habe austauschen lassen. Wir waren bisher der naiven Auffassung, daß die heutige soziale Frage ein Produkt der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist und die Wirtschaftskrisen nur Erscheinungsformen dieser Wirtschaftsordnung sind. Am drolligsten wird jedoch der „Gewerkschaftler“ Biedermann dort, wo er davon spricht, daß der Militarismus ein Stück Erziehungsarbeit im Gemeinsein geleistet habe. Wörtlich sagt er:

„Während der zwei Dienstjahre ist uns doch früher als jungen Leuten ein Stück Gemeinsein und Zusammengehörigkeitsgefühl beigebracht worden.“

Bei einer solchen Einstellung braucht man sich natürlich über die erstaunlichen sozialpolitischen Schlußfolgerungen nicht zu wundern. Sie sind das notwendige Ergebnis einer auf Seite 16 geäußerten Anschauung, daß die Vorbedingung für die Existenz der 60 Millionen im heutigen Deutschland Lebenden die Wiederherstellung der vorkriegszeitlichen Verhältnisse sei. So begeistert sich denn Biedermann für die Umwandlung der Erwerbslosenfürsorge in eine Arbeitslosenversicherung, wobei er sich die Unterstellung erlaubt, daß die Ententeslaaten eine solche Einrichtung nicht kennen und daher sehr wahrscheinlich auf die Beseitigung der Erwerbslosenfürsorge am ersten dringen werden. In Wirklichkeit liegen die Dinge jedoch wesentlich anders. Den Streitfall ausgeschieden, ob Arbeitslosenversicherung oder Arbeitslosenfürsorge, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß England für seine Erwerbslosen im Gegensatz zu Deutschland geradezu fabelhafte Aufwendungen zu machen hat. Der deutsche Reichshaushaltsplan für 1922 sieht im außerordentlichen Etat des Reichsarbeitsministeriums für unterstützende Arbeitslosenfürsorge 720 Millionen, für produktive Arbeitslosenfürsorge 480 Mil-

sionen Mark, insgesamt also 1200 Millionen Mark vor. Dem stelle man gegenüber, daß nach einer WB-Meldung Asquith in einer Rede vor den Geschäftsleuten der City gesagt haben soll, die Arbeitslosigkeit koste den englischen Staat pro Woche 2 Millionen Pfund, das sind also rund $1\frac{1}{2}$ Milliarden Mark pro Woche. Der englische Staat verausgabt also pro Woche mehr an Arbeitslosenunterstützung als Deutschland für das Jahr 1922 vorsieht. Herr Biedermann begnügt sich aber nicht nur damit, einen erheblichen Teil der Kosten für die Arbeitslosenfürsorge den deutschen Arbeitern und Angestellten aufbürden zu wollen, er begeistert sich auch für die Einführung des Arbeitsdienstjahres. Wörtlich sagt er:

„Von all diesen Gesichtspunkten aus betrachtet, wird mir der Gedanke eines Arbeitsdienstjahres für alle jungen Leute im Alter von 19 bis 22 Jahren durchaus sympathisch.“

Die Krone seiner sozialpolitischen Neuschöpfungen stellt natürlich die Verlängerung der Arbeitszeit dar. Zwar macht er zunächst einen erheblichen Wortaufwand gegen die Verlängerung, um aber dann doch zu dem Schluß zu kommen:

„Die Arbeiterschaft kann einer Erörterung all dieser Konsequenzen aber nicht dadurch aus dem Wege gehen, daß sie ein einfaches „Nein“ dagegen setzt.“

Solche Auslassungen haben nach dem eigenen Eingeständnis Biedermanns in seinem Vorwort bereits dazu geführt, daß die Unternehmer der nordischen Wasserkante mit seinen Argumenten bei Lohnverhandlungen versucht haben, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. Herr Biedermann mag sich noch so sehr dagegen sträuben, das muß die notwendige Folge solcher dilettantischen Ausführungen sein.

Nach dem bereits angeführten Zitat ist Herr Biedermann der Auffassung, daß die Existenz der 60 Millionen im heutigen Deutschland Lebenden davon abhängt, ob es möglich ist, die vorkriegszeitlichen Verhältnisse wieder herzustellen. Weil sein Blick nur rückwärts schaut, kommt er zu der mehr wie merkwürdigen Auffassung, daß die Reparationsleistungen unseren Kampf um die Einführung der Gemeinwirtschaft nicht berühren. Das gerade Gegenteil davon ist richtig. Von einer Neuordnung der deutschen Wirtschaft und nicht von der Wiederherstellung vorkriegszeitlicher kapitalistischer Zustände hängt die Existenzmöglichkeit des deutschen Volkes wie die Erfüllung von Reparationsleistungen ab. Das mag rein zahlenmäßig illustriert werden.

Nach den Angaben des Wiener Volkswirtschaftlers Rudolf Goldscheid betrug das Gesamteinkommen des deutschen Volkes vor dem Kriege 43 Milliarden Mark, davon dienten 7 Milliarden Mark für öffentliche Zwecke, 27 bis 28 Milliarden Mark zum Unterhalt der Bevölkerung und 8 bis $8\frac{1}{2}$ Milliarden Mark zur Bildung neuen Vermögens. Wäre die Wiederherstellung dieser vorkriegszeitlichen Verhältnisse möglich, dann würde die Erfüllung der Reparationsleistungen (auch soweit es sich um Goldleistungen handelt) auf keine erheblichen Schwierigkeiten stoßen. Wie sehr jedoch der Krieg mit seinen wirtschaftlichen Folgen das Bild der deutschen Volkswirtschaft von Grund auf verändert hat, ist am besten an den von Rathenau in Cannes gebrauchten Zahlen zu illustrieren. Rathenau errechnet eine Vor-

belastung unserer Zahlungsbilanz in Höhe von $5\frac{3}{4}$ Milliarden Goldmark, und zwar $2\frac{1}{2}$ Milliarden für die Einfuhr von Lebensmitteln, $2\frac{1}{2}$ Milliarden für die Einfuhr von Rohstoffen und $\frac{3}{4}$ Milliarden Mark Zinsverpflichtungen für Kapitalsinvestitionen der Ausländer in Deutschland. Dem stehen nach Rathenaus Ausführungen an deutscher Ausfuhr $3\frac{1}{2}$ bis 4 Milliarden Goldmark gegenüber. Das bedeutet eine passive Zahlungsbilanz von rund 2 Milliarden Goldmark, während wir früher eine aktive Zahlungsbilanz hatten. Muß schon notwendigerweise bei dieser großen passiven Zahlungsbilanz sich eine starke Unterwertigkeit der deutschen Zahlungsmittel ergeben, weil Goldexport nicht in Frage kommen kann, so tritt eine weitere Verschlechterung ein, wenn zum Zwecke der Reparationsleistungen ausländische Devisen beschafft werden müssen. Das sind entscheidende Gründe, die die Gewerkschaften veranlassen müssen, sich dafür einzusetzen, daß die Barzahlungen in Sachleistungen umgewandelt werden. Dadurch wird die Frage der Reparationsleistungen zu einem innerdeutschen Wirtschaftsproblem, dessen Erfüllung den Gesetzen unseres Wollens unterworfen ist, während die Beschaffung von Auslandsdevisen sich einer Einflußnahme unsererseits ganz entzieht.

In einer geordneten Volkswirtschaft, die das freie Schalten und Walten des privatkapitalistischen Unternehmertums ausschließt, bleiben die sozialpolitischen Errungenschaften starke Aktivposten, die eher aus- als abgebaut werden können. Herr Biedermann ist privatkapitalistisch orientiert und muß deshalb zu einem Abbau der Sozialpolitik kommen, damit der geheiligte Profit des Unternehmertums gerettet werden kann. Die planvoll organisierte Volkswirtschaft bedeutet jedoch eine ungeheure Steigerung der Produktivität. Der zwingenden Beweisführung Rathenaus in seinem Werk: „Die neue Wirtschaft“ kann sich meines Erachtens niemand entziehen. Wer wollte beispielsweise bestreiten, daß bei einer planmäßigen Organisation der deutschen Landwirtschaft die Einfuhr von $2\frac{1}{2}$ Goldmilliarden Mark Lebensmitteln zum größten Teil überflüssig gemacht werden könnte?

Worüber wir uns als Gewerkschafter jedoch nicht täuschen dürfen, ist, daß dieses Ziel nicht durch die Herstellung einer Volksgemeinschaft, sondern im schärfsten Kampfe gegen das Unternehmertum verwirklicht werden kann. Das ist schon deshalb so selbstverständlich, weil es sich bei dem privatkapitalistischen Unternehmertum um Sein oder Nichtsein handelt.

Man verschone uns deshalb mit den Sabbeleyen von der Herstellung einer Volksgemeinschaft, die nur dazu geeignet sind, den Blick für die wirklichen Aufgaben zu trüben. Gegenwärtig versucht man immer noch, durch die Herstellung neuer Papiergeldmassen die eigentliche Aufgabe hinauszuschieben. Das geschieht auf Kosten der deutschen Arbeiter und Angestellten, deren Lebenshaltung sich immer mehr verschlechtert. Schon Keynes hat in seinem berühmten Buch über die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages gesagt:

„Es gibt kein feineres und sicheres Mittel, die bestehende Grundlage der Gesellschaft umzustürzen, als die Vernichtung der Währung. Dieser Vorgang stellt alle geheimen Kräfte der Wirtschaftsgesetze in den Dienst der Zerstörung, und zwar in einer Weise, die nicht einer unter Millionen richtig zu erkennen imstande ist.“

Die deutschen Arbeiter und Angestellten sollten endlich einmal diesem ungeheuren Schwindel ein Ende machen, denn wahr bleibt, was bereits 1917 Rudolf Goldscheid prophezeite:

„Geben wir uns darum keiner Täuschung hin: ohne umfassendste Reform der Finanzgrundlage des Staates werden wir nach dem Kriege der Alternative Staatsbankrott oder Volksbankrott unmöglich zu entrirenn vermögen.“

Je länger wir zögern, Hand ans Werk zu legen, je schlimmer für uns. Was wir gebrauchen, ist: Vermögensabgabe mindestens in der Höhe, um die Staatsfinanzen zu ordnen, und damit Erfassung der Sachwerte, die eine planmäßige Organisation der Volkswirtschaft nach den Gesichtspunkten des Gemeinwohles ermöglicht.

:::

:::

:::

Rentabilitätsberechnungen

Dr. Robert Einstein

II.

Der Inhalt der Broschüre von Deutsch.

Es fehlt nicht, wie wir gesehen haben, an Versuchen, der Arbeiterschaft Sand in die Augen zu streuen.

Die Handelskammer zu Berlin hatte im April 1919 zahlenmäßige Zusammenstellungen nebst Erläuterungen über den Anteil von Arbeit und Kapital in einer größeren Zahl industrieller Unternehmungen veröffentlicht, welche vom Geh. Kommerzienrat Deutsch, dem Vorsitzenden des Direktoriums der A. E. G., verfaßt worden waren. Bei dem sehr lebhaften Interesse, welchem diese Schrift in weiten Kreisen begegnet ist, hat Geheimrat Deutsch Veranlassung genommen, eine Fortführung und Erweiterung der Arbeit vorzunehmen, welche von der Berliner Handelskammer der Öffentlichkeit übergeben und in hunderttausenden Exemplaren verbreitet wird.

Geheimrat Deutsch weist u. a. nach, daß selbst bei Gesellschaften, die eine gegen früher erhöhte Dividende gezahlt haben, der prozentuale Anteil des Kapitals scharf gegen früher zurückgegangen ist. Diese Feststellung ist deshalb besonders beachtenswert, weil man bisher geglaubt hat, daß bei erhöhten Dividenden auch das Kapital einen höheren Anteil als früher erhält. Aber das Gegenteil ist der Fall.

Geheimrat Deutsch geht von 152 Gesellschaften aus, die mit einem Gesamtkapital von etwa 10 Milliarden Mark arbeiten. Davon betragen Aktienkapital zirka 5 600 000 000 Mk., Reserven und Anleihen zirka 3 560 000 000 Mk. Der derzeitige Börsenwert der Aktien beträgt, wie Geheimrat Deutsch festgestellt hat, annähernd 24 Milliarden, also das 2 1/2-fache des Kapitals. Beschäftigt waren rund 1 350 000 Angestellte und Arbeiter. Die gezahlten Gehälter und Löhne haben 16 Milliarden Mark betragen, Steuern usw. 2,2 Milliarden Mark, die ausgeschütteten Dividenden 650 Millionen Mark, d. h. auf das Nominalkapital 11,6 Prozent, auf die Kurswerte 2,7 Prozent.

Stellt man eine annähernde Durchschnittsrechnung der gezahlten Dividenden in Prozent an, so ergibt sich in der abgelaufenen Periode bei 152 Ge-

fellschaften zusammen 2586 Prozent = 17 Prozent in Papier, in den Jahren 1908/17 1841,8 Prozent = 12,1 Prozent in Gold auf das Aktienkapital.

Es ist demnach der Anteil des Kapitals, der in der Periode, auf die sich die erste Untersuchung von Geheimrat Deutsch erstreckte, 13 Prozent von den für Gehälter, Löhne und Steuern gezahlten Summen betragen hat, seitdem auf 3,2 Prozent zurückgegangen, resp. von jeder Mark, die ausgegeben wurde, haben erhalten:

	1908/17	in der letzten Periode
Angestellte und Arbeiter	76,7 Pf.	84,5 Pf.
der Staat	11,7 Pf.	11,7 Pf.
das Kapital	11,6 Pf.	3,2 Pf.

Die Zahlen besagen, daß Angestellte und Arbeiter ihren Anteil an der industriellen Arbeit bei der seitdem eingetretenen Entwertung des Geldes ganz wesentlich erhöhen konnten, der Staat die neuen Steuererhöhungen noch nicht durchgeführt hat, während das Kapital sich mit einer sehr erheblich geringeren Vergütung für seine Leistungen und Risiken im Produktionsprozeß begnügen muß.

Betrachtet man lediglich das Verhältnis des Einkommens von Angestellten und Arbeitern zu der Kapitalverzinsung, so stellt sich dieses

	1908/17	in der letzten Periode
für Angestellte und Arbeiter	87 Prozent	96 Prozent
für das Kapital	13 Prozent	4 Prozent

Wenn diese Rechnung stimmen würde, ergäbe sich folgendes Bild für die Verteilung des Gewinnes:

in den Jahren 1908/17

in der letzten Periode



Über diese Schrift ist von vielen Seiten Zutreffendes geäußert worden. Keiner der Kommentatoren aber hat sie so eingehend und schlagfertig widerlegt wie Kurt Feinig mit seiner Abhandlung „Das notleidende Kapital“ (Berlin 1922, J. F. W. Diez Nachf.). Das müssen alle Betriebsräte lesen. Hier wird der moderne Kapitalismus, besonders von der steuer- und bilanztechnischen Seite aus geschildert. Die Einwände gegen die Zahlenpurzelbäume sind mannigfacher Art.

Die Kritik Heinigs.

Die Hauptfrage ist zunächst die, in welcher Weise man überhaupt „Anteil von Arbeit und Kapital“ miteinander vergleichen kann. Dabei sei ganz davon abgesehen, daß der Anteil der Arbeit ein Entgelt für geleistete Arbeit, der Anteil des Kapitals aber eine Rente ist (denn in den Aktiengesellschaften ist ja alle Unternehmerarbeit durch Gehalte der Leitung und Lantienmen bereits bezahlt). Deutsch verfährt nun so, daß er einfach die Gesamtsumme der Löhne und Gehälter auf der einen Seite, die Gesamtsumme der verteilten Dividende auf der andern Seite notiert und das Verhältnis der beiden Ziffern feststellt. Diese summarische Rechnung ist natürlich grundfalsch, weil die Voraussetzung irrig ist, als ob die Dividende die einzige Form ist, in der sich der Gewinnanteil des Kapitals ausdrückt. Die Unternehmerarbeit wird mit Gehalt bezahlt. In diesem Zusammenhang darf nebenbei nicht verschwiegen werden, daß es bei vielen Firmen üblich geworden ist, bei Kapitalserhöhungen auch die Direktoren mit schweren Paketen Vorzugs- bzw. Gratisaktien zu bedenken. Deutsch hat nicht eine, sondern gleich drei Kapitalertragsberechnungen zur Hand. Einmal errechnet er die ausgeschütteten Dividenden auf das **Reinwert-Aktienkapital**. Zum andern verrechnet er die Dividenden aus dem **Geschäftsjahr 1919/20** auf den **Aktienkurswert vom August 1921**. Und zum dritten zählt er sämtliche Dividendenprozente zusammen und teilt sie durch die Zahl der statistisch bearbeiteten Gesellschaften. Und zum vierten: er zählt uns Zahlen her und rechnet sie auch nach den Regeln der Addition einwandfrei aus — aber er läßt uns die Unterlagen nicht nachprüfen. Wir sollen wohl guten Glaubens sein?

Was Deutsch nicht erzählt.

Zunächst, hat Herr Deutsch schon etwas von Rücklagen gehört? Heinig bemerkt richtig:

„Wein bei den deutschen Banken sind die ausgewiesenen Rücklagen, die 1885 bei einem Aktienkapital von 724 Millionen Mark 12,9 Prozent dieses Kapitals ausmachten, bis zum Jahre 1913 auf 24,7 Prozent gestiegen. Und 1919 wurden bei einem Kapital von 3808 Millionen Mark insgesamt 32,5 Prozent sichtbare Reserven ausgewiesen. Die bekannten acht Berliner Großbanken wiesen sogar 41 Prozent ihres Aktienkapitals als Reserven aus. Das sind alles Kapitalerträge, die nicht in Form von Dividenden an die Aktionäre gezahlt, sondern als zusätzliches Kapital im Betrieb behalten wurden; theoretisch stellen sie den Ersatz des alten Kapitals dar.“

Und Deutsch gibt uns sogar ein Musterbeispiel für die Abschreibungs-technik:

„In der U. G. O. benutzten wir früher gewisse allgemein eingeführte Werkzeugmaschinen, für deren Bedienung je ein Mann erforderlich war. Nun wurden uns eines Tages von Amerika neue Maschinen angeboten, von denen je drei von einem Mann bedient werden konnten. Das bedeutete eine erhebliche Ersparnis, und wir durften nicht zögern, die großen Aufwendungen für die Anschaffung der neuen Maschinen zu machen. Aber die Technik begnügte sich nicht mit diesem Fortschritt. Es verging nur kurze Zeit, bis Amerika neue Maschinen auf den Markt brachte, von denen immer neun von einem Mann bedient werden konnten. Allerdings war dazu ein Arbeiter von höherer Intelligenz erforderlich, während bei den ursprünglich verwendeten Maschinen nur rein mechanische Arbeit geleistet zu werden brauchte... Der Erfolg gab uns recht. Denn wir vergrößerten unsern Umsatz sehr bald um mehr als das Fünffache und die großen Summen waren verständlich und gut angelegt. Aber, und das ist das Wesentliche, wir konnten diesen Schritt nur deshalb wagen, weil wir die ersten Maschinen vollständig

abgeschrieben hatten. Sonst wären wir nicht imstande gewesen, die Amortisation auch für die neuen zu zahlen, und hätten intelligenteren und vorsichtigeren Unternehmern, mit denen wir dann nicht mehr hätten konkurrieren können, das Geschäft überlassen müssen.“

Wir wissen es: die gesamten Maschinen, Werkzeuge, Modelle der A. E. G. stehen mit ein paar Mark zu Buch. Deshalb hat der Aktionär Sicherheiten im Betrieb und sein Gewinn drückt sich in der ausbezahlten Dividende nur ganz verschwindend aus.

Die alten Aktionäre erhalten junge Aktien, oft genug gratis. Dabei wird ein weiterer Vorteil erreicht. Das scheinbar kleine, in Wirklichkeit aber längst angeschwollene Kapital erzeugte hohe Überschüsse, auffallende Dividenden. Sobald das Kapital vergrößert ist, verteilt sich der für die Dividende zur Verfügung stehende Teil des Kapitalertrages auf eine größere Anzahl Aktien als vorher. Die Dividende sinkt, die Not des Kapitalisten — steigt. Wenn du es ihm nicht glauben willst, wird er dir zeigen, daß die Dividende seiner Papiere zurückgegangen ist. Damit weitet sich das Kapital aus. Der Aktionär gewinnt aus seinem Kapital, das neben der Dividende zu Kapital gewordenen Kapitalertrag erzeugt hat, einen zusätzlichen Kapitalertrag, der ihm wieder Kapital wird, das erneut Ertrag abwirft.

Aber damit ist es noch nicht genug: man schafft neue Abschreibungskonten. Da gibt es zum Beispiel heute sogenannte Werterhaltungskonten — für deren Umfang uns der neue Abschluß der A. E. G. ein treffendes Beispiel gibt —, ja sogar auf den ideellen Wert eines Unternehmens sind Abschreibungen erlaubt, wenn man ihn zur rechten Zeit auf die Passivseite als überhaupt vorhandenen Wert einsetzt.

Kurse und Dividenden.

Die Rechnung stimmt an allen Enden nicht. Deutsch berechnet den Kurswert auf das $2\frac{1}{2}$ -fache des nominellen Aktienkapitals. Demgegenüber sehe man die folgende Tabelle an. Wie hat sich der Kurswert der Aktien entwickelt?

	1921				1921		
	31. 8.	21. 10.	28. 10.		31. 8.	21. 10.	28. 10.
Chemikalien:				Montanwerte:			
Ludwigshafen	517	720	1100	Deutsch-Luxemburger	510	865	1300
Höchst	419	750	1050	Gelsenkirchen	519	890	1200
Elberfeld	445	798	1000	Sarpen	740	1100	1500
Holzverkohlung	699	1020	1300	Wöhning	777	1099	1500
Scheideanstalt	857	1500	1900	Laura	465	630	1425
Griesheim	420	710	1000				
Elektro-Aktien:				Berschiedene:			
Siemens & Halske	462	725	1150	Kleyer	378	605	1050
Bergmann	403	—	1120	Waldfhof	536	800	1090
Schuckert	383	633	960	Deutsche Bank	346	515	720
Felten & Guilleaume	560	1010	1130	Deutsche Vereinsbank	167	198	450
A. E. G.	408	680	1100				

Wenn wir die Namen der 152 Aktiengesellschaften kennen, dann wäre es möglich, auszurechnen, wie hoch der Kurswert der Betriebskapitalien wäre. Das $2\frac{1}{2}$ -fache zu errechnen, ist bei der Kursentwicklung des letzten Jahres

ein Unding. Der Fall der Kapitalerhöhung ist bei allen Aktiengesellschaften akut, deshalb ist die Frage hier sehr aktuell. Nehmen wir nun an, eine der in der obigen Tabelle bezeichneten Gesellschaften verdoppelt ihr Aktienkapital, so wird sie (wie das allgemein üblich ist) zum Kurs von 150 auf eine alte Aktie eine junge ausgeben. Dann entsteht folgende Rechnung: Der Besitzer der alten Aktie kann eine neue für 1500 Mk. kaufen. Dabei ist zu beachten, daß am Stichtag des 28. 10. die alte Phönixaktie 15 000 Mk. wert war. Aber er braucht die neue Aktie gar nicht selbst zu kaufen, er kann auch das Recht auf Bezug derselben verkaufen und macht einen entsprechenden Gewinn. Oder ein anderes Beispiel: Die Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Luther, A.-G. in Braunschweig, gibt 4 Millionen Freiaktien aus bei einem Börsenkurs von 1300 Prozent. Die genannte Gesellschaft müßte, um dieselbe Rentabilität — sie erreichte im Jahre 1920/21 den nur 16fachen Reingewinn des Jahres 1918/19 — wie im Jahre 1920/21 zu erzielen, infolge dieser Freiaktien ihren Gewinn um 50 Prozent vergrößern. Die Aktionäre können also ohne eine Gegenleistung ihren Kapitalbesitz und dadurch ihr Einkommen um 50 Prozent vergrößern, abgesehen von der Erhöhung der Dividende durch die günstige Konjunktur. Bei dem hohen Börsenkurs würde aber auch dann noch eine Rentabilität der Aktien bleiben, die weit unter dem Friedensfuß zurücksteht. Deutsch verschweigt, wieviel Bezugsrechte die Aktionäre der von ihm zusammengestellten 152 Aktiengesellschaften im Berichtsjahre erhalten haben. Und man hat zu wählen zwischen Fahrlässigkeit und Täuschung.

Auch die Dividendenrechnung Deutschs bedarf einer Ergänzung. Obwohl in seiner eigenen Zusammenstellung Dividenden in der Höhe von 50 Prozent erscheinen, wird es ratsam sein, ihm weiteres Material zur Verfügung zu stellen. Einer Darstellung von Alfred Wroeglich wird folgende Übersicht entnommen:

30 Proz.: Mannesmannröhren-Werke A.-G., Düsseldorf, bei riesigen Reservestellungen.

30 Proz.: Concordia, Chemische Fabrik A.-G., Leopoldshall. Dazu glänzende Bezugsrechte auf neue Aktien (zu 100 Proz. bezw. 300 Proz. bei circa 1700 Prozent Börsenkurs).

30 Proz.: Friedrichshütte A.-G., Herdorf. Dabei sind vorweg abgesetzt worden 8 Mill. Mark für „Werterhaltung“, 847 000 Mk. für „Erneuerung“, 1,8 Mill. Mark für Wohlfahrtszwecke.

33 Proz.: Charlottenhütte A.-G., Niederschelden, nach glänzenden Abschreibungen.

35 Proz.: Porzellanfabrik Königszelt, und zwar 25 Proz. und 10 Proz. Bonus. 2,9 Mill. Mark neues Aktienkapital, das noch gar nicht eingezahlt ist, soll bereits ab 1. Juli an der Dividende teilnehmen.

35 Proz.: Schraubenfabrik Niem Söhne, Berlin, außerdem glänzende Bezugsrechte auf neue Aktien zu 175 Proz. gegen circa 1350 Proz. Börsenkurs.

40 Proz.: H. Schomburg & Söhne A.-G., Margaretenhütte, nach riesigen Abschreibungen und Reservestellungen.

50 Proz.: Pressspanfabrik Unterfachsenland A.-G. Vorher wurden 3 Mill. Mark für „Werterhaltung“ beiseite gebracht.

60 Proz.: Wipfner Metallwarenfabrik A.-G. Mehlis, und zwar 30 Proz. Dividende und 30 Proz. Bonus.

75 Proz.: L. Hupfeld A.-G., Leipzig (Musikinstrumente), und zwar 25 Prozent Dividende und 50 Proz. Bonus, zudem auf erhöhtes Aktienkapital! Weiter noch Bezugsrecht auf neue Aktien zu nur 200 Proz. bei zirka 1000 Proz. Börsenkurs!

80 Proz.: Harfort Bergwerke A.-G., Duisburg, und zwar 30 Prozent und 50 Proz. Bonus, dazu glänzendes Bezugsrecht auf neue Aktien zu 150 Prozent bei 1800 Proz. Börsenkurs! (Eine neue Aktie von 1000 Mk. hat also einen Börsenwert, also sofortigen Verkaufswert von 18000 Mk.!)

125 Proz.: Kargeshammer Maschinenfabrik A.-G., Braunschweig, und zwar 25 Proz. Dividende und 100 Proz. Bonus. Dabei klagt die Direktion noch über wirtschaftliche Schwierigkeiten, die den Geschäftsgang hemmen.

130 Proz.: Mech. Weberei Ravensberg A.-G. in Schilbesche-Bielefeld, und zwar 30 Prozent Dividende und 100 Prozent Bonus in Gestalt von Gratisaktien, die mit 100 Proz. angerechnet werden bei zirka 2000 Proz. Börsenkurs. Also eigentlich auf jede 1000-Mark-Aktie 19030 Mk. Gewinn!

Das Fazit.

Man wird dem Kritiker des Herrn Generaldirektor recht geben, wenn er zusammenfassend feststellt,

daß der Herr Generaldirektor der A.E.G. in seiner Broschüre, die in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitet wird und den Arbeitern und Angestellten zeigen soll, daß der deutsche Kapitalist Not leidet:

1. statistische Maßzahlen als wissenschaftliche Ergebnisse hinstellt,
2. unrichtig rechnet,
3. wesentliche Verdienste der deutschen Kapitalisten vergißt,
4. die Schuld der Kapitalisten an der Zerstörung des deutschen Kapitals verschweigt.

Was will Herr Deutsch? Er will ausrechnen, daß die Aufteilung des Gewinnes an sämtliche Werkangehörige keinen nennenswerten Vorteil für die Arbeiterschaft brächte. Obwohl bei den gegenwärtigen Riesengewinnen des Kapitals auch in der Aufteilung noch nennenswerte Beträge herauspringen würden (wenn man nämlich gewissenhaft rechnet), so will die Arbeiterschaft diesen Sozialisierungsgewinn nicht. Mit einer Aufteilung des Unternehmungsgewinnes einer Aktiengesellschaft an ihre Arbeiter ist der Kapitalismus nicht beseitigt. Beinahe könnte man sagen, daß damit ja nur die Kapitalisten gewechselt hätten. Aus einigen Großkapitalisten wäre dann eine Art Kleinkapitalisten entstanden, die ebenso an Überschüssen, an hohen Preisen, an spekulativen Gewinnen, am Kurszettel und an Bezugsrechten ein Interesse hätten, wie jene es gehabt haben. Dies wird gesagt unter der Voraussetzung, daß man unter den Arbeitern nicht nur die Kapitaldividende, sondern auch das **Aurecht am Kapital** verteilte. Ist dies nicht der Fall, dann haben wir es gar nicht mit irgendeiner noch so zaghaften und vorsichtigen, wenn auch falsch verstandenen Sozialisierung, sondern nur mit einer **Gewinnbeteiligung** zu tun.

Das wollen wir aber nicht. Wir wollen die **sozialistische Wirtschaftsordnung**. Aber dieses Verlangen richten wir allerdings nicht an Deutsch. Ihn bitten wir nur, keine (absichtlich oder unabsichtlich) **gefälschten Rechnungen mehr aufzumachen**. Und der Arbeiterschaft zeigen wir, wie notwendig es ist, sich um wirtschaftliche Tatsachen zu kümmern, wenn man nicht betrogen werden will.

Die Kohle und ihre Bedeutung für die Volkswirtschaft

Betriebingenieur M. Bachert, Saspe

I. Die Entstehung der Kohle und ihre Bestandteile.

Die schwarze Kohle ist ein Beispiel dafür, daß es zwischen Himmel und Erde mehr Geheimnisse gibt, als unsere Schulweisheit sich träumen läßt. So mancher wird sagen, es gibt nichts Alltäglicheres als die Kohle und welche Geheimnisse sollen noch in ihr verborgen sein? Von keiner Sache wird heute mehr geredet und geschrieben als von der Kohle und deren Schätzen, welche unsere Wissenschaft und Technik aus derselben zu zaubern vermag.

Die Kohle gibt uns die Treibkraft für die meisten Verkehrsmittel und Antriebsmaschinen, die heilsamen Kräfte unserer medizinischen Mittel, die Düngerstoffe zum Fördern des Wachstums der Pflanzen, Saccharin usw. Da die Kohle die wichtigste Grundlage für die neuzeitliche Kultur bildet, so sollte man annehmen, daß ein Körper wie die Kohle von der Wissenschaft durch und durch erforscht worden wäre. Doch die besonders in letzter Zeit gemachten Forschungen zeigen uns, daß kein Körper in seinem Aufbau der chemischen Wissenschaft so unbekannt ist, obgleich es rätselhaft klingen mag, wie gerade die Kohle.

Man weiß heute mit Sicherheit, daß die alte Ansicht, wonach die Kohle aus freiem amorphem Kohlenstoff besteht mit organischen Verunreinigungen vermischt, grundfalsch ist. In der Kohle ist wahrscheinlich überhaupt kein elementarer Kohlenstoff enthalten, sondern wir haben es hier mit einer Reihe von kompletten wasser- und sauerstoffarmen Verbindungen des Kohlenstoffs zu tun, über deren Aufbau wir aber noch vollkommen im unklaren sind und im Dunkeln tappen.

Diese geheimnisvollen Bestandteile sind nicht zu vergleichen mit alten wohlbekannten und genau untersuchten Stoffen, die wir bei der Verkokung der Kohle und dem Steinkohlenteer, dem Leuchtgas und allen übrigen Zeretzungsprodukten dieses Vorganges gewinnen.

Alle diese sogenannten Kohlenwasserstoffe sind wahrscheinlich in der ursprünglichen Kohle überhaupt nicht vorhanden und bilden sich erst bei der hohen Temperatur der Kohlenzeretzung aus ganz anderen, uns noch unbekanntem chemischen Verbindungen.

Wenn man bedenkt, welche Mengen wertvoller Zeretzungsprodukte bei der Verkokung (dem Steinkohlenteer) hervorgebracht werden, so kann man sich leicht ein Bild machen, welche Erfolge die Wissenschaft und Technik noch zu erwarten haben, wenn erst einmal die volle Erkenntnis und Ausnutzung der Bestandteile der Kohle selbst ins Leben getreten sein wird. Der Entstehung der Kohle müssen wir uns erinnern, um die Wege zu verstehen, die bei der Erforschung der Kohle eingeschlagen wurden. Die Stein- und Braunkohlen sind Verwesungsprodukte vorweltlicher Pflanzen, die durch Luftabschluß, Druck und erhöhte Temperatur einem Zeretzungs- und Umwandlungsprozeß unterworfen wurden, in ähnlicher Weise, wie etwa heute noch der Torf in den Sumpfmooeren entsteht.

Bei der fertigen Steinkohle sind demnach auch zwei ganz verschiedene Bestandteile zu unterscheiden, und zwar: das Umwandlungsprodukt der

früheren Holz- und Zellstoffsubstanz, das die Hauptbestandteile der Kohle ausmacht, und eine zweite Substanz, die aus der Zersetzung der früheren Harze, Fette und Wachse der ehemaligen Vorweltspflanzen hervorgegangen, nur in einer geringen Menge, höchstens bis zu einem Zehntel der Kohle vorhanden ist und gewissermaßen der vorherrschenden ersten Substanz das Verfüttungsmittel liefert. Sie gibt bei der Verkokung der Steinkohle die wertvollen Teerbestandteile, während die Holzsubstanz das Grubengas und freien Wasserstoff ergibt. Der zur Vergasung der Kohle in den Gasanstalten und Kokerien übliche Weg ist, in geschlossenen Räumen, sogenannten Retorten, die Kohle bei Sitzegraden von zirka 1000 Grad einzuschließen und zu verkoken.

Die bei dieser hohen Temperatur entwickelten Gase und Dämpfe werden bei deren Abkühlung als Teer und Ammoniakwasser verdichtet. Koks bleibt in den Retorten zurück.

Die neuere Forschung hat ergeben, daß durch diesen rauen Eingriff bei der hohen Temperatur kein Schluß auf die ursprüngliche Kohlensubstanz gezogen werden kann, und man hat daher ein anderes Verfahren der Kohlendestillation gefunden.

Man hat nunmehr die Kohle im luftleeren Raume (Vakuum) destilliert. Die Produkte, welche jetzt entstanden, waren zwar ähnlich den bisherigen, jedoch sah der Teer ganz anders aus, er war nicht schwarz und zähflüssig, sondern hatte eine helle grüne Farbe von deutlichem Petroleumgeruch und ähnelte vollkommen gewissen Erdölen, die in Kanada vorkommen. Auch der zurückbleibende Koks war viel lockerer, gleich dem Petroleum, wie es bei der Reinigung des Erdöls zurückbleibt. Damit war zum ersten Male der Zusammenhang zwischen Kohle und Erdöl aufgedeckt und die Vermutung nahegelegt, daß es möglich sein könnte, aus der Kohle auch das Petroleum und seine wertvollen Begleitprodukte, wie Benzin, Schmieröl usw., zu gewinnen, die bisher erst aus dem vom Ausland eingeführten Erdöl abdestilliert werden mußten.

Eine andere Forschung bestand darin, die Kohle anstatt im Vakuum in einem Strom von überhitztem Wasserdampf zu destillieren. Der Wasserdampf hält ebenfalls eine weitgehende Zersetzung hintan. Die Destillationsprodukte treten bei diesem Verfahren in viel größerer Menge auf. So wurde zum Beispiel die Menge des auftretenden wertvollen Ammoniaks verdreifacht. Aus dem erhaltenen Teer konnte man dann weiterhin eine Art Petroleum, Schmieröl und Paraffin gewinnen.

Noch eine bessere Ausbeute ergab die Destillation der Steinkohle und bei hohem Wasserstoffdruck die sogenannte Hydrierung der Kohle, bei welcher die entstandene Teermenge das Fünffache der gewöhnlichen betrug.

Ein Forscher will sogar auf diesem Wege die Kohle vollkommen in flüssige Form überführen.

Erwähnenswert ist noch die allernueste Forschung bei der Anwendung der Extraktionsmethode. Bei diesem Verfahren wird die Kohle mit besonderen Lösungsmitteln behandelt, die die verschiedensten Bestandteile aus ihr herausziehen, ohne sie zu zersetzen.

Als Lösungsmittel diente zuerst Benzol, welches eine gute Ausbeute ergab. Das Benzol wird in der Industrie schon seit langem angewandt, um

aus der Braunkohle das für Grammophonwalzen usw. wichtige Montanwachs herauszuholen. Bei der Benzolextraktion kam man zu einer Ausbeute, welche die bisher übliche um das Sechzigfache übertraf.

Die Versuche auf dem Gebiet der Kohlenforschung sind noch lange nicht abgeschlossen und sicherlich wird die Wissenschaft noch manche große Überraschung bringen. Der Technik wird dann die Aufgabe zufallen, die Ergebnisse der Forschung in die Praxis zu übertragen und zu verwerten.

Welch ungeheure Bedeutung die aus der Kohle auf chemischem Wege gewonnenen Wertstoffe für unsere Volkswirtschaft haben, kann kaum übersehen werden.

II. Die Kohle als unmittelbare Energiequelle.

Von dem Zeitpunkt an, wo die Menschheit es lernte, die in den Brennstoffen schlummernde Wärmeenergie in mechanische Arbeit umzuwandeln, begann eine neue Kulturepoche.

Der eigentliche Brennstoff der Steinkohle besteht aus vier Urstoffen, und zwar: Kohlenstoff (75 bis 95 Prozent), Sauerstoff (3 bis 19,5 Prozent), Wasserstoff (2 bis 5,8 Prozent) und einer Spur von Stickstoff. Der Heizwert der Kohle richtet sich nach dem in derselben enthaltenen Kohlenstoffgehalt und von dieser entwickelten Wärmemengen (Kalorien, eine Kalorie ist die Wärmemenge, die erforderlich ist, um ein Liter Wasser um 1 Grad Celsius zu erwärmen).

In der allereinfachsten Weise kann die Energie der Kohle dadurch gewonnen werden, wenn ein teilweise mit Wasser gefülltes und geschlossenes Gefäß über einem Feuer steht. Das Wasser kocht zunächst und siedet bei 100 Grad Celsius. Durch weitere Zuführung von Wärme wird das Wasser in Dampf verwandelt und bei einer Atmosphäre (gleich dem Druck von 1 kg auf 1 qcm) müssen zirka 539 Kalorien oder Wärmemengen zugeführt werden. Die Spannung des Wasserdampfes bzw. des Dampfdrucks wird durch fortwährende Zuführungen weiterer Wärmemengen erhöht. Vor etwa 150 Jahren hat man Dampfdruck von einer Atmosphäre auf diese Weise in bleiernen und sogar hölzernen Kesseln erzeugt. Von diesem Zeitpunkt an beginnt die Geschichte der Dampfmaschine.

Die theoretischen Arbeiten bekannter Forscher des 18. Jahrhunderts lehrten den Wirkungsgrad der Wärmekraftmaschine zu erhöhen (unter dem Wirkungsgrad versteht man das Verhältnis der zur Dampfbildung nutzbar gemachten Wärme zu der durch den Brennstoff zugeführten Wärme).

Die praktische Folgerung aus dieser theoretischen Erkenntnis war die ständige Erhöhung des Kesseldrucks. Vom alten Niederdruck kam man über die heute längst überholten Mitteldrucke von 3 bis 5 Atmosphären zu dem modernen Hochdruckkessel von 15 bis 20 Atmosphären.

Hierbei ist man aber nicht stehen geblieben. Es sind bereits Kessel und Maschinen im Betriebe mit einer Frischdampfspannung von 60 Atmosphären bei einer Temperatur von 460 Grad Celsius. Gleichen Schritt mit der Erhöhung der Dampfspannungen hielt auch die Forderung nach erhöhter Wirtschaftlichkeit, die Ausnutzung der auf dem Kofst entwickelten Wärme durch Vergrößerung der Heizfläche (Heizfläche ist die Fläche, welche einerseits vom Wasser, andererseits vom Feuer oder Heizgasen berührt wird).

So entstanden die modernen Kesselanlagen, die bis zu 65 Prozent der Kohlenenergie in nutzbare Dampfspannung verwandeln.

Aus den Kesseln strömt der Dampf zu den Maschinen. Im Zylinder der Dampfmaschine schiebt er den Kolben etwa über den zehnten Teil des Kolbenweges mit vollem Druck vor sich hin. Darauf erfolgt eine Absperrung des Frischdampfes zu dem Zylinder durch die Steuerungsorgane und der im Zylinder befindliche Dampf expandiert (Ausdehnung), dabei weitere Arbeit leistend. Die besondere Überhitzung des nassen Kesseldampfes durch die abströmenden Gase verhindert eine zu frühe Kondensation (Abkühlung), wodurch der Wirkungsgrad erhöht wird.

In den letzten zehn Jahren ist neben die Kolbendampfmaschine die Dampfturbine getreten und hat diese auf vielen Gebieten verdrängt.

Bei der Dampfturbine tritt der Dampf aus den Düsen eines feststehenden Leitapparates in Strahlenform aus und erlangt dabei eine Geschwindigkeit von 500 Meter in der Sekunde. Die Dampfstrahlen treffen auf die Schaufeln eines Laufrades, geben einen Teil ihrer Arbeit an dies Rad ab, werden in einem zweiten feststehenden Leitapparat umgelenkt, treffen das nächste Schaufelrad und so weiter, bis auch hier der Dampf schließlich expandiert, abgekühlt und seines Arbeitsvermögens beraubt, in den Kondensator tritt und zu Wasser niedergeschlagen wird.

Der Wirkungsgrad der besten Dampfmaschine und Turbine beträgt etwa 45 Prozent. Dieser Wirkungsgrad muß mit demjenigen der Kesselanlage multipliziert werden, um den Gesamteffekt zu bekommen. So resultiert aus einer Kesselanlage mit 60 Prozent und einer Maschine mit 40 Prozent ein Gesamtwirkungsgrad von $60 \times 40 = 24$ Prozent, der das Höchste des zurzeit mit Dampfanlagen Erreichbaren darstellt.

Wir sind noch weit entfernt von der idealen Maschine mit 100 Prozent Wirtschaftlichkeit. Wie wenig die Kohle bisher ausgenutzt werden kann, zeigt folgende Zusammenstellung:

Lokomotive	10—14 %	Wirkungsgrad
Dampfturbine	14—20 %	"
Heißdampfauspuffmaschine	8—17 %	"
Flüssigkeits-Explosionsmotor	17—21 %	"
Heißdampfkondensation	8—20 %	"
Gasmaschine	21—27 %	"
Dieselmotor	27—54 %	"

Die Wissenschaft befaßt sich schon seit langem damit, die Wärmeenergie besser auszunutzen, und ist in neuester Zeit durch die Erfindung der Gasturbine einen Schritt vorwärts gekommen. Durch diese Erfindung wird die Kohle direkt vergast und dieses so gewonnene Gas in Kraft in der Gasturbine umgesetzt. Die Umwandlung der Wärme- in Dampfenergie fällt fort und somit auch die ungeheuren Wärmeverluste. Bei dieser Art der Kraft-erzeugung werden alle die Wertstoffe, welche bisher nutzlos durch den Schornstein gejagt wurden, gewonnen und der Volkswirtschaft zugeführt. Ungeahnte Möglichkeiten würden sich hierbei ergeben. Die deutsche Eisenbahnverwaltung hat zuerst ein Versuchswerk für eine derartige Kraft-erzeugung, die auf eine Elektrifizierung der Eisenbahnen hinausläuft, angelegt. Die Arbeiten schreiten in befriedigender Weise fort. Bedenkt man,

welche ungeheure Mengen Kohlen täglich von den Eisenbahnen verschlungen werden, so ist es erklärlich, welche großes Interesse für die restlose Vergasung der Kohle und Elektrifizierung vorhanden sein muß.

Einige Zahlen mögen dem Leser genügen, um zu begreifen, welche großer Kohlenkonsument die Eisenbahn ist: Zum Anheizen der Lokomotive 5 bis 6 Zentner Kohle. Kohlenverbrauch einer Schnellzugslokomotive bei einer Fahrtstrecke von 1000 Kilometer 13 Tonnen, bei einer Güterzugslokomotive bei derselben Fahrtstrecke 16 Tonnen.

Eine solche Umstellung der Kräfteerzeugung kann natürlich nicht von heute auf morgen vor sich gehen, aber zweifellos stellt sich Wissenschaft und Praxis auf eine restlose Vergasung der Kohle ein.

:::

:::

:::

Was ist eine Atmosphäre?

D. Künstler, Ingenieur, Magdeburg

Die Atmosphäre ist das Luftmeer, ein Dunstkreis, der die Erde umhüllt. Sie ist durch die Bewegungen, welche die Erde im Weltraum ausführt, d. h. durch die Rotation der Erde um ihre eigene Achse und durch den Kreislauf der Erde um die Sonne, adhäsiv an den Erdkörper gebunden.

Außerhalb der die Erde umgebenden Atmosphäre befindet sich im freien Weltraum ein luftleerer Raum, den wir als absolutes Nichts in jenen unendlichen Tiefen des Universums voraussetzen, bis in Tiefen, wo von keinem Fixstern mehr ein Sonnenstrahl dringt, wo das Nichts gähnt und wo nur der Raumbegriff noch Geltung hat.

Die Reichweite der Atmosphäre beträgt nach Feststellungen des norwegischen Physikers, Professor Störmer, rund 500 km. Störmer ermittelte diese Höhe durch das trigonometrische Höhenmessungsverfahren, und zwar durch Photographieren der in dieser Höhe noch wahrzunehmenden Polarlichterscheinungen, wobei an getrennten Orten in Norwegen gleichzeitig ein und dasselbe Nordlicht photographiert wurde. Die Aufnahmen wurden miteinander verglichen und dabei mittels trigonometrischer Berechnungen festgestellt, daß die höchsten Ausstrahlungen des Polarlichtes und damit die äußersten Spuren der Erdatmosphäre die Spitze des Montblanc um das hundertfache überragt.

Wie jeder andere gasförmige Körper hat auch die Luft ein bestimmtes Gewicht, das für ein cbm in kg ausgedrückt wird. Ein cbm mittelfeuchter Luft unmittelbar über dem Meeresspiegel wiegt bei einer Temperatur von 0 Grad Celsius 1,293 kg. In einer Höhe von 5000 m über dem Meeresspiegel (Montblancspitze) wiegt dieselbe Luft etwa 0,709 kg, in einer Höhe von 10000 m (Everestspitze) etwa 0,39 kg und in einer Höhe von 50000 m nur noch etwa 0,0002 kg. Mit zunehmender Höhe wird das Gewicht der Luft immer kleiner und nimmt in gleichem Maße der Dichte der Luft ab. Diese Tatsache findet seine natürliche Erklärung darin, daß das Gewicht der übergelagerten Luftschichten die darunter befindlichen immer mehr zusammendrückt, so daß unmittelbar an der tiefsten Stelle über der Erde die größte Luftdichte und zugleich die größte Luftschwere vorhanden ist. Das durch-

schnittliche Gewicht von 1 cbm Luft von der Erdoberfläche bis zur äußersten Luftshöhe beträgt etwa 0,0205 kg.

Betrachten wir die Luft als eine vom Meeresspiegel aufsteigende Säule und stellen uns eine solche Säule mit einem Querschnitt von 1 qcm vor, so wiegt die in dieser Säule eingeschlossene Luft bis zu etwa 500 km Höhe insgesamt **1,033 kg**. Mit diesem Gewicht drückt die Luft auf alle Körperteile, die sich auf der Erde befinden, und man nennt diesen Luftdruck den atmosphärischen Druck, der also in Höhe des Meeresspiegels im Mittel **1,033 kg** auf 1 qcm Fläche beträgt.

Auf die Frage: Was ist eine Atmosphäre? lautet die Antwort: Eine Atmosphäre ist ein Druck. Dieser Druck entspricht dem Gewicht von **1,033 kg**, welches auf eine Fläche von 1 qcm lastet.

Würden wir uns einen Raum vorstellen, der dreimal 3 m Grundfläche und 3 m Höhe hat, der luftdicht verschlossen ist. Aus diesem Raum wird nun die darin befindliche Luft restlos herausgepumpt, so daß wir einen vollständig luftleeren Raum erhalten. Jede der vier Seitenwände, der Boden und die Decke des Raumes hat $300 \times 300 = 90\,000$ qcm Fläche, bei insgesamt 6 Flächen sind das $6 \times 90\,000 = 540\,000$ qcm. Auf ein jedes qcm Fläche lastet von außen ein Luftdruck von **1,033 kg**, demnach auf die 6 Flächen insgesamt $1,033 \times 540\,000 = 577\,820$ kg. Dieser gewaltige Druck würde die Wände, Decke und den Boden des Raumes zusammenpressen, wenn sie nicht aus widerstandsfähigem, festem Material hergestellt worden sind. Wie jeder andere Körper ist auch der menschliche diesem Luftdruck ausgesetzt. Ein ausgewachsener Mensch hat durchschnittlich $10\,000$ qcm Körperfläche und ist demzufolge einem äußeren Druck von rund $1,033 \times 10\,000 = 10\,330$ kg ausgesetzt. Dem äußeren Druck wird durch Einatmen von Luft ein innerer Druck entgegengesetzt, wobei die eingeatmete Luft alle Hohlräume des menschlichen Körpers ausfüllt, so daß kein luftleerer Raum verbleibt und dadurch die einzelnen Körperteile vermöge des Druckausgleichs nicht zusammengedrückt werden.

Den atmosphärischen Druck kann man auch durch eine Wassersäule darstellen. Würden wir eine Wassermenge von **1,033 kg** in eine Säulenröhre von 1 qcm Querschnitt füllen, so müßte die Säule eine Höhe von **10,33 m** haben, da **1,033 kg** Wasser bei einer Temperatur von 4 Grad Celsius einen Raum von **1,033 l** gleich **1033 cbm** füllt. Man sagt deshalb auch: eine Atmosphäre ist gleich **10,33 m Wassersäule** (W.S.).

In der Praxis wird der atmosphärische Druck meist mittelst einer Quecksilbersäule ermittelt, weil Quecksilber als schwerste Flüssigkeit eine viel kleinere Säulenhöhe erfordert, in Folge seines rund **13,6 mal** so großen Gewichtes gegenüber Wasser. Deshalb entspricht eine Quecksilbersäule von 1 qcm Querschnitt rund **1033: 13,6 = 75 cm** Höhe einem Quecksilbergewicht bei 0 Grad Celsius von **1,033 kg**, oder eine Atmosphäre ist gleich **76 cm Quecksilbersäule** (Q.S.).

Mit dem Quecksilberbarometer mißt man die Luftschwere, d. h. man bestimmt den Luftdruck. Der Luftdruck ist also stets der Barometerstand, der an der Skala des Barometers erkennbar ist und in cm oder mm Quecksilbersäule abgelesen werden kann.

Es wurde bereits hervorgehoben, daß der Luftdruck unmittelbar über dem Meeresspiegel am größten ist. Je höher wir uns über dem Meeresspiegel

spiegel befinden, um so mehr nimmt der Luftdruck ab, weil die Luftschwere geringer geworden ist. In nachstehender Tabelle sind die Luftdrücke in verschiedenen Höhen über dem Meeresspiegel bei mittlerem Atmosphärenzustande und bei einer mittleren Temperatur der zwischen Meeresspiegel und angegebener Höhe befindlichen Luftsäule von 0 Grad Celsius angegeben.

Barometerstand (Luftdruck) in mm Quecksilbersäule (D.S.) bei verschiedenen Seehöhen.

Seehöhe m	Luftdruck mm D.S.	Seehöhe m	Luftdruck mm D.S.	Seehöhe m	Luftdruck mm D.S.
0	760	2000	598	10000	229
100	751	3000	580	15000	124
200	742	4000	470	20000	68
300	733	5000	417	30000	20
400	724	6000	370	40000	6
500	716	7000	328	50000	1
1000	674	8000	291		
1500	635	9000	258		

Der Luftdruck ist aber außerdem noch veränderlich durch den Einfluß der Lufttemperatur und besonders durch den Feuchtigkeitsgehalt der Luft. Er schwankt nach diesen meteorologischen Einflüssen zwischen 720 und 800 mm D.S., also um etwa $\pm 5\frac{1}{2}\%$ Prozent, bei Messung des Luftdruckes in Höhe des Meeresspiegels. Je wärmer und trockener die Luft, um so leichter ist sie und um so geringer ist der Druck. Kalte, feuchte und mit Wolken belastete Luft ist schwerer und hat einen hohen Druck.

In der Technik wird bei Druckmessungen (mittels Manometer) 1 Atmosphäre gleich dem Druck von 1 kg auf 1 qcm Fläche gerechnet, was 10 m W.S. und 735,5 mm D.S. entspricht.

Man unterscheidet deshalb:

eine alte Atmosphäre (atm) = 1,033 kg/qcm = 10,33 m W.S. = 760 mm D.S. und eine neue Atmosphäre (at) = 1 kg/qcm = 10 m W.S. = 735,5 mm D.S. Außerdem rechnet man in der Technik mit Atmosphären absolut (at abs.) und Atmosphärenüberdruck (at-Ueberdruck oder nur atu). Der absolute Druck (at abs.) wird gemessen vom Nullpunkt, das heißt von dem nicht vorhandenen Druck in einem luftleeren Raum, der zum Beispiel im geschlossenen Schenkel eines Quecksilber-Barometers vorhanden ist. Der Ueberdruck einer Flüssigkeit oder eines Gases in einem geschlossenen Behälter oder Rohrleitung ist der Druckunterschied zwischen dem vorhandenen größeren, inneren Druck gegenüber dem äußeren meist atmosphärischen Druck, da letzterer stets rund 1 at abs. beträgt. Demnach ist der Ueberdruck stets etwa 1 at niedriger als der etwa 1 at betragende absolute Luftdruck. Der Dampfdruck in einem Dampfkessel hat 10 at Ueberdruck, dieses entspricht 11 at abs. An dem Manometer des Kessels ist stets nur der Ueberdruck abzulesen.

Ein Schwimmer atmet bevor er ins Wasser taucht Luft ein, die in seinem Körper während des Tauchens eingeschlossen ist. Würde er 10 m unter Wasserspiegel sich befinden, so lastet das Gewicht des Wassers mit 10 m W.S. = 1 at Ueberdruck auf seinem Körper. Dieser Druck ist imstande, die

Körperteile zu pressen, wodurch die Luft aus dem Körper entweicht. Bereits bei einer geringen Wassertiefe von 1 m ist der Ueberdruck des Wassers empfindlich merkbar. Ein Taucher mit vollständiger Ausrüstung kann bis zu 30 m, bei neuzeitlicher, besonders konstruierter Ausrüstung bis zu 80 m Tiefe ins Wasser gehen, wo ein Ueberdruck von 3 bezw. 8 atü gegenüber dem atmosphärischen Luftdruck besteht. Hierbei wird dem Taucher von oben stark verdichtete Luft zugeführt, wodurch ein Druckausgleich im Wasser sich herbeiführen läßt.

Genau so, wie man einen Ueberdruck mittels Manometer messen kann, ist es möglich, einen Unterdruck (Vakuum) zu messen. Dieses geschieht mittelst eines Vakuummeter, welches den Unterdruck anzeigt, den ein Gas oder Dampf in einem geschlossenen Behälter oder Rohrleitung gegenüber dem atmosphärischen Druck hat. Ein solcher Unterdruck ist stets kleiner als der atmosphärische Druck (1 Atm.)

Bei einer Dampfmaschine oder Turbine mit Kondensation wird der Dampf aus der Kraftmaschine (vermöge eines Unterdruckes im Kondensator), der durch Herauspumpen der im letzteren befindlichen Luft erzeugt wird, abgesaugt. Hierbei spricht man von einem Vakuum. Dasselbe beträgt 0,8 bis 0,9 at, was einem absoluten Druck von etwa 0,1 bis 0,2 at abs. entspricht. Dieses Vakuum wird manchmal auch in mm Quecksilbersäule angegeben. Dabei ist zum Beispiel 0,8 at Vakuum = $0,8 \times 735,5 = 588,4$ mm Q.S. und der noch vorhandene absolute Druck im Kondensator beträgt $0,2 \times 735,5 + (760 - 735,5) = 171,6$ mm Q.S. bei normalem Barometerstande, das heißt, wenn der äußere Luftdruck zur Zeit der Messung einen Barometerstand von 760 mm Q.S. aufweist.

Kleine Ueber- und Unterdrücke von $\pm 1/100$ Atm. werden auch mittelst einem Druck- oder Zugmesser gemessen. Der Zugmesser besteht aus einer U-förmig gebogenen Glasröhre, auf der eine Millimeterskala die Druckunterschiede in mm W.S. angibt. Die Glasröhre wird zum Nullpunkt (mittlere Strichmarken auf beiden Schenkeln der Glasröhre) mit gefärbtem Wasser gefüllt. Will man zum Beispiel den Schornsteinzug einer Kesselanlage messen, so verbindet man einen Schenkel der Röhre mittelst Gummischlauch und gleich dünnem Eisenrohr mit der Meßstelle im Fuchs (Rauchkanal). Der andere Schenkel ist frei. Die Luft drückt nun das Wasser in dem freien Schenkel nach unten und in dem am Fuchs angeschlossenen Schenkel nach oben und kann man auf diese Weise den Druckunterschied, beziehungsweise die im Rauchkanal vorhandene Zugstärke in mm W.S. feststellen.

Sollen Betriebsräte Lohn- und Arbeitsverträge abschließen?

D. Rüter, Peine

Der § 20 der Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 23. Dezember 1918 gibt den wirtschaftlichen Organisationen die selbständige Befugnis zur Anrufung der Schlichtungsausschüsse, soweit es sich um Abschlüsse von Tarifverträgen handelt. Auch müssen die Schlichtungs-

ausschüsse auf Verlangen einer Partei einen Schiedsspruch fällen, selbst dann, wenn zwischen dem Arbeitgeber und dem Betriebsrat eine Einigung über einzelne Fragen, die ein Tarifvertrag enthält, erzielt ist. Nach dem B.N.G. sollen die Betriebsräte darüber wachen, daß in dem Betriebe die zugunsten der Arbeitnehmer gegebenen gesetzlichen Vorschriften und die maßgebenden Tarifverträge, sowie die von den Beteiligten anerkannten Schiedsprüche eines Schlichtungsausschusses oder einer vereinbarten Einigungs- oder Schiedsstelle gefällt sind, durchgeführt werden. Danach steht den Betriebsräten nicht das Recht zu, Lohn- und Arbeitsverträge abzuschließen, sondern nur für deren Durchführung Sorge zu tragen und ist die Tätigkeit der Betriebsräte in dieser Richtung klar zum Ausdruck gebracht. Trotzdem erkennt der Schlichtungsausschuß Hildebrandt Lohnverträge, die zwischen Betriebsräten und Werksleitungen vereinbart sind, als über denen stehend an, die zwischen der Organisationsleitung und der Werksleitung vereinbart sind. Ein zwischen der Organisations- und Werksleitung vereinbarter Tarifvertrag wurde im Auftrage der Belegschaft gekündigt. Während der Vertragsdauer sind die Lohnsätze des Vertrages mit der Werksleitung und dem Betriebsrat verändert und lehnte die Firma Verhandlungen mit der Organisationsleitung ab, und zwar mit der Begründung, „daß sie mit den Arbeitern selbst besser verhandeln könne“. Wie dieses „besser verhandeln“ zu verstehen ist, ergibt sich daraus, daß die Organisationsleitung eine Unterzeichnung der getroffenen Vereinbarungen ablehnte. Der Schlichtungsausschuß, der angerufen wurde, lehnt die Festsetzung von neuen Löhnen und sonstigen Arbeitsbedingungen „mangels einer vorliegenden Streitigkeit“ ab, „da noch ein Teilvertrag Wirksamkeit habe“. Nach dieser Auslegung stehen Teilverträge über Gesamtverträgen und würde der Abschluß von Sonder- und Teilverträgen außer den Vertragskontrahenten gestattet sein. Sonderverhandlungen der Betriebsräte über Tariffragen können aber auch in anderer Weise für die Arbeiterschaft von Nachteil sein, den ordnungsmäßigen Verhandlungsgang erschweren und die Erfolge in Frage stellen. Zum mindesten sollen bei allen Lohnverhandlungen die Organisationsvertreter mitwirken. Das Recht haben sich die Gewerkschaften mühsam errungen. Durch die Umwälzung von 1918 ist es erweitert und befestigt. Es wird aber in Frage gestellt, wie an vorstehendem Beispiel gezeigt ist und sollten die Betriebsräte Sondervereinbarungen, die in das Tarifwesen eingreifen, unbedingt ablehnen.

Wie „Beleidigungen“ und „Entlassungsgründe“ zustande kommen

(Zwei beachtenswerte Urteile)

21 Jahre war der Schmelzarbeiter E. bei der Firma Vereinigte Stahlwerke von der Hynen und Wiffener Eisenhütte A.-G., Köln-Deutz, beschäftigt. Am 3. Januar 1922 wurde er plötzlich entlassen. Er verlangte nun wegen Nichtgewährung der nach der Arbeitsordnung bestehenden sieben-tägigen Kündigungsfrist 856,80 M.

Die beklagte Firma beantragte Abweisung der Klage und erhob Widerklage mit dem Antrage, festzustellen, daß der Kläger Grund zur freistufigen Entlassung gegeben habe. Der Kläger habe auf Grund der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes den Arbeiterrat angerufen, der Arbeiterrat habe die Anrufung für begründet erachtet und den Schlichtungsausschuß angerufen. Der Kläger stelle also Ansprüche über die Kündigungsfrist hinaus und habe sie ein rechtliches Interesse an der Feststellungsklage. Die Entlassung

bei erfolgt, weil der Kläger zu seinem Vorgesetzten, dem Ingenieur Lössler gesagt habe: „Bleiben Sie bei der Wahrheit, Sie sagen die Unwahrheit.“ Hierin erblickt sie eine grobe Beleidigung und damit gemäß § 123 Ziff. 5 C.D. einen Grund zur sofortigen Entlassung.

Der Kläger beantragte Abweisung der Widerklage, er habe zu dem Ingenieur Lössler nur gesagt: „Bleiben Sie bei der Wahrheit.“ Aber selbst, wenn er gesagt haben sollte: „Sie sagen die Unwahrheit“, so sei das keine grobe Beleidigung, es sei zu berücksichtigen, daß Arbeiter eines Walzwerkes sich nicht gerade gewählt ausdrücken, jedenfalls habe er keine Beleidigung beabsichtigt.

Das Gewerbegericht in Köln behandelte am 26. Januar d. J. die Klage. Verschiedene Zeugen wurden vernommen. Die Firma wurde zur Zahlung von 856,80 Mk. verurteilt. Das Urteil hebt in seinen Gründen u. a. hervor:

Das Gericht hat angenommen, daß der Kläger auch die Worte: „Sie sagen die Unwahrheit“ gebraucht hat. Die Beklagte hat weiter noch vorgebracht, der Kläger habe sich schon früher ähnlicher Ausdrücke bedient und seit Jahren in stetem Gegensatz zu der Betriebsleitung gestanden. Bestimmte Tatsachen sind von der Beklagten in dieser Beziehung nicht vorgebracht und auch von den Zeugen nicht bekundet worden, so daß lediglich die Frage zu prüfen blieb, ob den von dem Kläger dem Diplom-Ingenieur Lössler gegenüber gebrauchten Worten, wie die Beklagte es tut, die Bedeutung einer groben Beleidigung beigelegt werden kann, denn nur eine grobe Beleidigung berechtigt zur sofortigen Entlassung. Das Gericht hat diese Frage verneint, es hat weder in der Form noch im Inhalt der Äußerung eine grobe Beleidigung erblickt.

Dem Klageantrage war daher stattzugeben unter Abweisung der Widerklage.

Nunmehr erhob der Schmelzarbeiter E. beim Kölner Schlichtungsausschuß Klage gegen die Entlassung selbst. Der Schlichtungsausschuß kam am 2. Februar d. J. zu folgendem Urteil:

Der Einspruch gegen die Entlassung ist gerechtfertigt.

Für den Fall, daß die Antragsgegnerin die Weiterbeschäftigung des Antragstellers ablehnt, hat sie diesem eine Entschädigung von 13 000 Mk. zu zahlen. gez.: Görz.

Gründe: Aus den Akten des hiesigen Gewerbegerichts in Sachen E. gegen Vereinigte Stahlwerke, Akt.-Ges. G. G. 220/22, geht hervor, daß E. zu Lössler in lautem Ton gesagt hat: „Bleiben Sie bei der Wahrheit.“ Das Gewerbegericht hat angenommen, daß E. auch gesagt hat: „Sie sagen die Unwahrheit.“ Ein grobe Beleidigung, also einen Grund zur sofortigen Entlassung hat das Gewerbegericht in diesen Ausdrücken nicht erblicken können. Der Schlichtungsausschuß schließt sich dieser Ansicht an, die Mehrheit des Schlichtungsausschusses ist der Ansicht, daß auch keine einfache Beleidigung in dem Worten zu erblicken ist; es ist zu berücksichtigen, daß der Antragsteller ein einfacher Mann ist, der seine Worte nicht zu wählen versteht, und daß die fragliche Unterredung anscheinend sehr erregt war, denn der Zeuge K. bekundete nach den angezogenen Akten des Gewerbegerichts u. a.

„L. wurde sehr laut und antwortete der Kläger in gleichem Ton.“

Unbestritten wurde als Grund der Entlassung die obigen Äußerungen des Antragstellers zu L. angegeben. Wenn im Termin vorgebracht wird, der Antragsteller habe sich schon früher in Gegensatz zu der Betriebsleitung gesetzt und sei deshalb wiederholt verwarnet worden, so können diese Gründe für die Entlassung nicht in Frage kommen, weil die Entlassung hiermit ursprünglich nicht begründet worden ist. Hinzukommt, daß die Antragsgegnerin in dieser Beziehung bestimmte Tatsachen nicht angeführt hat, was auch im Urteil des Gewerbegerichts hervorgehoben worden ist.

Ohne daß es auf die vom Antragsgegner erbotenen Beweise ankommen könnte, ist der Schlichtungsausschuß der Ansicht, daß die Entlassung nach Lage der Sache unbegründet war.

Wenn man bedenkt, daß der Antragsteller bereits über 21 Jahre bei van der Hyphen beschäftigt ist, muß in der Entlassung oder Kündigung eine unbillige, nicht durch das Interesse der Firma bedingte Härte erblickt werden. jedenfalls war die Kündigung nicht durch das Verhalten des E. bedingt.

Der Einspruch war daher gerechtfertigt. Bei Bemessung der etwaigen Entschädigungspflicht der Firma war darauf Rücksicht zu nehmen, daß E. bereits über 21 Jahre bei der Firma tätig war und daß er, trotzdem er erst 45 Jahre alt ist, über sein Alter hinaus gealtert erscheint, was auf seine langjährige Tätigkeit als Schmelzarbeiter zurückzuführen sein mag. Die Mehrheit des Schlichtungsausschusses hielt daher den Höchstsatz von $\frac{1}{12}$ des letzten Jahresarbeitsverdienstes von 26 000 Mk. = 13 000 Mk. als eine angemessene Entschädigung im Sinne des § 87 WRG, zumal Bedenken des Arbeitgebers über die Leistungsfähigkeit nicht bestehen.

Nachschrift. Die Firma hat den Arbeiter E. nicht wieder eingestellt, sondern die 13 000 Mk. Entschädigung in bar gezahlt.

Bücherbesprechung

„Jahrbuch des Arbeitsrechts.“ Band I. Herausgegeben von Prof. Dr. G. Söeniger, Prof. Dr. A. Sauty und Dr. Emil Wehle. Verlag J. Bensheimer, Mannheim. (Vorzugspreis bis 1. April 1922 75 Mk.)

Das Buch will, wie die Verfasser selbst bezeichnen, eine systematische Übersicht über das Schrifttum und die Rechtsprechung auf dem Gebiet des Arbeitsrechts in der Zeit vom November 1918 bis Ende 1920 geben und kommt dieser gestellten Aufgabe auch in ausreichendem Maße nach. Das Werk gibt also die nachgeforschten Aufschlüsse nicht selbst, sondern erteilt in einer guten systematischen Übersicht Auskunft über die vorhandene Literatur für das betreffende Sachgebiet, wobei durch eine kurze Inhaltsangabe der betreffenden Schrift deren Zielsetzung angedeutet wird. (Es wäre zu wünschen, daß bei einer Neuauflage diese Inhaltskennzeichnung der aufgeführten Schriften etwas vollständiger wird.) Neben den vorhandenen selbständigen Büchern und Schriften ist aber auch ein Hinweis auf die Stellungnahme in juristischen, arbeitsrechtlichen Zeitschriften, volkswirtschaftlichen Revuen und periodischen Veröffentlichungen wirtschaftlicher Vereinigungen einschließlich der Betriebsrätezeitschriften der Gewerkschaften zu dem betreffenden Sachgebiet unter genauem Hinweis angefügt. Ergänzt wird diese Übersicht durch Hinweis auf gefällte Entscheidungen durch Schieds- oder gerichtliche Instanzen und solche des Reichsarbeitsministeriums.

Besonders zu begrüßen ist die Anfügung von Nachverweisen über das ausländische Arbeitsrecht.

Die Herausgeber haben sich die Aufgabe insofern erweitert — und dadurch machen sie u. E. ihr Werk erst vollständig —, als sie auf die Zeit vor dem November 1918 zurückgriffen, die wichtigste frühere grundsätzliche Literatur nachweisen und auch die Gesetze der Vorkriegszeit mit bearbeiteten.

Mag auch das Werk in erster Linie als literarisches Hilfsmittel für die Rechtsstudierenden der Universitäten gedacht sein, so ist es doch nicht minder dienlich all jenen, die sich mit Fragen des Arbeitsrechts auch in der Praxis zu befassen haben und die sich eine Orientierung über das vorhandene Schrifttum und die vorliegende Rechtsprechung in der betreffenden Frage verschaffen wollen. Es kommen demnach als Interessenten des Jahrbuchs neben den Arbeitersekretariaten und Bibliotheken sowie den Betriebsräten auch die Mitglieder der Schlichtungsausschüsse, Gewerbe- und Kaufmannsgerichte usw. in Frage.

Die systematische Stoffanordnung ist praktisch und durch ein Sachregister gut ergänzt, so daß das Jahrbuch als ein dienlicher Wegweiser durch das heute schon umfangreiche Schrifttum und die Rechtsprechung des Arbeitsrechts anzusprechen ist. T. S.

Georg Werner: „Hungerland.“ Sozialer Roman aus dem Leben der Bergarbeiter. (Verlag Volkrecht, Breslau. Preis 4 Mk.)

Das schlicht und doch fesselnd geschriebene Büchlein schildert die trüben Verhältnisse im Waldenburger Bergrevier, dessen Lebensfähigkeit durch die Niederhaltung der Bergarbeiter erzwingen werden soll. Der unsern Lesern bekannte Verfasser stellte sich den Zweck, die Augen der Öffentlichkeit auf dieses unglückliche Glend zu lenken; er gibt aber in dem Büchlein zugleich eine in guter Unterhaltungsform sich darbietende und darum vielleicht um so wirksamere Werbschrift für die proletarische Organisation. T. S.